

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

HANS ROTHFELS

Das Baltikum als Problem der internationalen Politik

Nach einer Rede, die beim Delegiertentag der Deutsch-Baltischen Landsmannschaft in Frankfurt am Main am 1. Juli 1956 gehalten wurde. Sowohl der persönliche Charakter wie die Betonung allgemeinerer Zusammenhänge, die sich aus dem Zweck der Ansprache ergaben, sind beibehalten worden. Auch ist — abgesehen von einigen Hinweisen — auf Quellenzitate verzichtet worden.

Es mag als ein krasses Mißverhältnis erscheinen, das Schicksal eines schmalen geographischen Bereichs wie der aus ihm wurzelhaft stammenden oder noch in ihm lebenden Menschen thematisch zu verknüpfen mit Problemen der internationalen Politik und ihren weltweiten Zusammenhängen, für die neue Kontinente und die Riesenzahlen erwachender farbiger Völker an Bedeutung ständig wachsen. Und auch im alten europäischen System hat sich ja die Gewichtsverlagerung zu den großen Flächenstaaten und den Massen der Industrieländer je und je vollzogen. Es ist, soweit ich sehen kann, bei allem ausgeprägten Sondertum und bei allem spezifischen Selbstbewußtsein nie deutsch-baltische Art gewesen, die jeweils gegebene Größenordnung der historisch-politischen Wirklichkeit illusionistisch zu überspringen, und es kann weiterhin sehr wohl zum Ruhm von Estland und Lettland gesagt werden, daß sie von der Großmannssucht, die neugegründete Staaten verführen mag, ihre Rolle in den Welthändeln zu überschätzen, sich nach 1918 völlig ferngehalten haben. Weder in Riga noch in Reval würde bei dem bekannten internationalen Wettbewerb um das beste Buch über den Elephanten der Titel gelautet haben: „Der Elefant und die baltische Frage“.

Und doch glaube ich, daß vor dem Kreis, der hier versammelt ist, und auch vor einer breiteren Öffentlichkeit die Formulierung des Themas keiner Abschirmung gegen Mißverständnis und keiner ausführlichen Begründung bedarf. Nicht nur hat das Hegelsche Wort vom Umschlag des Quantitativen in das Qualitative in der deutsch-baltischen Überlieferung immer einen besonderen, dem üblichen eher entgegengesetzten Sinn gehabt. Auch wer nicht in dieser Überlieferung steht, aber den Blick sich offen hält für die nicht selten umgekehrte Proportion zwischen Größe und Intensität, für den oft merkwürdigen Zusammenhang zwischen Provinzialem und Universalem, für das Unabdingbare von Werten, die aller Statistik sich entziehen, wird gefeit sein gegen das einseitige Denken in der Kategorie des Quantitativen. Die Geschichte mißt nicht allein mit der Elle. Und es ist oft beobachtet worden, daß im Baltikum, das bei aller räumlichen Enge am Kreuzweg zwischen großen Mächten nicht nur, sondern auch zwischen fundamentalen Ideen lag, Entscheidungen von paradigmatischem, mitunter von stellvertretendem, vielleicht darf man sagen, von symbolhaftem Charakter sich vollzogen haben.

Als ich vor bald 30 Jahren als junger Professor in Königsberg baltischer Geschichte und baltischer Gegenwart zum erstenmal näherkam, stieß ich auf ein überraschendes Wort aus russischem Munde, das um 1870 rückblickend diesen Sachverhalt des Paradigmatischen anerkannte und das sich in den späten 1920ern vorwärtsblickend im Prinzip der

Kulturautonomie für ganz Ostmitteleuropa zu bestätigen schien. So konnte ich dieses Wort als Motto einer Studie über das deutsch-baltische politische Denken und seine Fruchtbarkeit in der damaligen Gegenwart vorausschicken. Ich habe es dann noch einmal zitiert in einem in USA geschriebenen und dort auch veröffentlichten Artikel des Jahres 1944¹⁾, als die baltischen Staaten nicht nur Schlachtfeld im wörtlichsten Sinne wiederum wurden, sondern an ihnen zugleich ein Gegensatz der Prinzipien zutage trat, der für die internationale Lage nach dem Krieg fundamental wichtig werden mußte und auch geworden ist. Das gleiche Wort steht zwölf Jahre später wiederum als Motto auf der ersten Seite des 1956 in Köln erschienenen Buches von Boris Meißner über „Die Sowjetunion, die baltischen Staaten und das Völkerrecht“, das im Baltikum und seinem Geschick den Prüfstein der Möglichkeit sieht, ob die in zwei feindliche Machtgruppen gespaltene Welt einer dauerhaften Friedensordnung teilhaftig werden kann. Es ist das Wort, das ein russischer Generalgouverneur 1870 zu einem Vertreter der livländischen

INHALT DIESER BEILAGE:

Hans Rothfels

Das Baltikum als Problem der internationalen Politik

...

Leo Trotzki (S. 42)

Otto Heinrich von der Gablentz

Notwendigkeit und Grenzen der Koexistenz (S. 49)

Ritterschaft sagte: „Sie können den historischen Ruhm Ihrer Provinzen konservieren, in Fragen der höchsten Politik das Schlachtfeld gewesen zu sein.“

Ich möchte bitten, hier vor Ihnen noch einmal von diesem Worte ausgehen zu dürfen — mit einem kurzen Blick auf die Entscheidungen von internationalem Rang, auf die es sich 1870 retrospektiv bezog und die unter durchaus veränderten Aspekten wiederum sehr wesentlich auf baltischem Boden zum Austrag kamen, bis die totalitären Systeme ihn plattgewalzt haben. Es wird weiter zu fragen sein, ob und in welchem Sinne in den tragischen Jahren 1939 bis 1941 das Baltikum mehr als

1) The Baltic Provinces: Some Historic Aspects and Perspectives (Journal of Central Affairs, vol. 4, July 1944).

ein beliebiges Beuteobjekt, also noch einmal Schlachtfeld in Fragen der höchsten Politik, aktiv oder passiv, gewesen ist. Die gleiche Frage schließlich wird andeutend an die gegenwärtige Situation zu richten sein. Wie weit ist das Baltikum auch heute Problem internationaler Politik, im diplomatisch-technischen Sinne nicht nur, sondern in dem fundamentalen Entscheidungen. Worin liegt wiederum das über den begrenzten Einzelfall Hinausgehende, das Symptomatische und Symbolhafte der baltischen Situation, auf welche Möglichkeiten und Ausblicke allgemeinerer Art führt sie hin?

Fenster nach dem Westen

Es wird bei einem Festactus der deutsch-baltischen Landsmannschaft weder angebracht noch nötig sein, zu weit in die geschichtlichen Überlieferungen zurückzugehen, die bei Ihnen sowieso lebendig sind, ruhmvoll und leidvoll zugleich. Wie auf baltischem Boden im Zeitalter der Gegenreformation der Angriff Polens auf Schweden, der mit dem Spaniens auf England koordiniert war, gescheitert ist, so hat erst die Eroberung Livlands Gustav Adolf die Möglichkeit gegeben, in den Weltkampf um Deutschland einzutreten. — Beides gewiß Entscheidungen in Fragen der höchsten Politik, in denen es um das Nebeneinander der Konfessionen in Europa und die Abwehr der Universalmonarchie ging. Es ist Ihnen allen ebenso gegenwärtig, daß im Baltikum mit der berühmten Aufstoßung des Fensters nach dem Westen ein anderer internationaler Vorgang großen Stils sich entschied: die Europäisierung des russischen Reichs. Und es ist nicht nur baltisch-antiquarisches Interesse gewesen, das sich so zäh an die Formen geheftet hat, in denen das geschah, an die zweiseitigen Verträge, die Peters Siegeszug legitimierten. Das Prinzip, um das es dabei ging, hat Karl Schirren in klassischen Worten formuliert: „Wer ein baltisches Land sein nennen wollte“, heißt es in seiner Livländischen Antwort, „der hatte es zweimal zu erobern, durch Macht und durch Recht. Dauernd besitzen konnte es nur, wer in die sittlich-politische Gemeinschaft der Völker des Weltteils eintrat, wer ein Zeugnis vorwies, daß er sich zu demselben Völkerrecht bekenne.“ Das sind Worte in ihrer prinzipiellen Ausrichtung, wie für heute geschrieben. Sie wurden formuliert, als die baltische Autonomie, der „status provincialis“ und sein zeitgeschichtlicher Kernbestand, das ständisch-korporative Wesen, im Abwehrkampf lag gegen die zentralisierenden und uniformierenden Tendenzen nationalistischer Art, die für das zaristische Rußland selbst und an ihrem Teil für Europa im Ganzen verhängnisvoll sich auswirken sollten. Diesen universalen Zusammenhang hatte der russische Generalgouverneur mit seinem Worte von 1870 mit im Auge. Die Verteidigung der Eigenständigkeit, die in Sprache und Religion ihren innersten Ausdruck fand, war, wie er sehr wohl sah, auch eine Verteidigung der westlichen Züge des russischen Reichsgedankens. Ihre erfolgreiche Durchführung bildete, wie man heute sagen darf, eine Voraussetzung für das Nebeneinanderleben von Völkern, sie bedeutete einen Schutzwall nicht nur für Deutsche, sondern für Letten und Esten zugleich, ferner gegen die aufsteigenden Biologismen, die des Panslawismus wie des Alldeutstums. Im gleichen Jahr 1870 schrie ein Balte, Baron von Thiesenhausen:

„Nationalität ist ein hohes, großes Wort, dem die Idee der Menschheit, welche alle Nationen umschlingt, zugrunde liegt. Wo aber das Nationalbewußtseins von Rassenhaß gegen fremde Nationalitäten erfüllt ist, da herrscht ein grober, partikularistischer, alles auf sich selbst beziehender persönlich-nationaler Egoismus vor. Fest im Auge zu behalten ist, daß das Ewig-Menschliche höher steht als das Nationale.“

Es wird hier an das Besondere des baltischen nationalen Denkens gerührt, das den Überlieferungen des 18. Jahrhunderts, zumal den von Herder herkommenden, verhaftet blieb, das ebenso aber eine eigene und zukunftssträchtige Position internationaler Politik vertrat. Sie führte das ständische in ein national-korporatives Prinzip hinüber und bestätigte sich in einer Haltung, die loyale Zugehörigkeit zu einem Staat und zu einer anderen Kultur innerlich miteinander zu verbinden gewußt hat und die so eine Lösung für das Dilemma versprach, wie es im Prinzip, wenn auch mit verschieden abgestufter Dringlichkeit, allen Völkern zwischen dem geschlossenen deutschen und dem geschlossenen

russischen Bereich aufgelegt werden sollte. Man hat oft wohl gesagt, das fundamentale baltische Problem internationaler Art sei der Wettstreit um die Vorherrschaft zwischen Rußland und Deutschland gewesen. Das trifft indessen bis 1914 doch keineswegs zu. Auf der einen Seite ist, wie G. von Rauch auf der letzten Baltischen Historikerkonferenz mit neuem Material gezeigt hat, im 18. Jahrhundert der russische Besitz noch durchaus nicht ein selbstverständlicher, er wird durch mannigfache dynastische Kombinationen durchkreuzt. Auf der anderen Seite hat das nationalstaatliche Jahrhundert Deutschland eben gerade nicht auf den baltischen Plan gerufen. Weder das Bismarck-Reich noch das Wilhelminische Reich zeigten in ihrer offiziellen Politik die geringste annexionistische Tendenz im Nordosten. Das Baltikum wurde nicht zum Erisapfel, es rettete seine Sonderart durch, ja die Loyalität der baltischen Oberschicht festigte sich eher noch nach der Revolution von 1905, während die breiteren lettischen und estnischen Unterschichten im Zuge des sozialen Aufstiegs in das Ringen ihrer bürgerlichen Führer um Selbständigkeit eintraten. In Sprache und Kirche geschützt, ja durch das deutsch-baltische Element, besonders das Pastorat und das Literatentum, gefördert, hätten sie bei günstigerer Entwicklung der großen Politik durchaus in die national-kulturellen und korporativen Formen der baltischen Autonomie hineinwachsen können.

Der erste Weltkrieg

Erst die Ereignisse des ersten Weltkrieges haben, wie bekannt, in alldem revolutionären Wandel geschaffen, sie lösten, besonders nach dem Sturz des Zarentums, das baltische Loyalitätsverhältnis zum russischen Reich und ließen die Blicke auf Deutschland — nicht nur als kulturelle Heimat, sondern als nunmehr auch politischen und sozialen Nothelfer sich wenden. Für ein knappes Jahr wurde die Alternative West oder Ost eine reale. Es kam zu jener reichsdeutschen Okkupationspolitik und zu jenen pseudoföderalistischen Angliederungsplänen, die den Stempel des Improvisierten an sich trugen und Episode blieben. Gleichwohl fiel auch damals auf baltischem Boden eine Entscheidung in Fragen der höchsten Politik. Der Survey des Royal Institute of International Affairs drückt es im Jahre 1938 noch so aus:

„Trotz aller wirtschaftlichen Verheerungen . . . rettete die deutsche Okkupation in aller Wahrscheinlichkeit die baltischen Provinzen vor der unwiederbringlichen Einschmelzung in die Sowjetunion und, wie die Dinge sich entwickelten, machte sie durch die Abwehr der Bolschewisten Unabhängigkeit schließlich möglich.“

Man kann noch weiter gehen: das Baltikum wirkte 1918/19 mit deutschen, mit alliierten und sehr wesentlich doch auch mit eigenen Kräften als Sperrblock, an dem sich noch vor der Schlacht an der Weichsel entschied, daß der militante Bolschewismus jener Tage Mitteleuropa nicht zum Einsturz bringen werde.

Aber war die politische Selbständigkeit, die das Ergebnis dieser Abwehr und der westlichen Politik, vor allem aber doch des lettischen und estnischen Mehrheitswillens gewesen ist, nicht geschichtlich dazu verurteilt, ihrerseits Episode zu bleiben? Man wird gewiß die strukturellen Schwächen der Nationaldemokratie in Ostmitteleuropa nicht abstreiten und im besonderen Fall des Baltikums die schweren Spannungen, die sich aus der Erinnerung an die deutsche soziale Machtstellung wie aus ihrer Umkehrung ergaben, nicht verwischen wollen. Gewiß war auch das gleichzeitige Ausscheiden des deutschen wie des russischen Machtfaktors etwas Anormales, das so oder so nicht Dauer haben würde und der Lage in der ganzen Zwischenzone einen Zug des Unwirklichen gab. Aber vielleicht darf ein Historiker, der nicht Deutsch-Balte und nicht Este oder Lette ist, mit der Ihnen allen geläufigen Warnung gegen den voreiligen Schluß aus Erfolg oder Mißerfolg das ausdrückliche Bekenntnis zu dem sehr Positiven und sehr Wirklichen noch einmal verbinden, das in den selbständigen baltischen Staaten geschah und sie in der internationalen Politik über den provinziellen Wasserspiegel erhob. Hier und nur hier in der Nachversailer Staatenwelt erfolgte, wie schon berührt, der grundsätzliche Durchbruch durch das cuius regio eius natio, die Absage an die Allgemeingültigkeit des integralen Nationalstaates, die dem Sich-Abschirmen gegen bolschewistische Penetration neben den

sonstigen Erfolgen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet eine tiefere Grundlage gab, — über egoistische Ziele westmächtlicher Cordon- oder Kolonialpolitik hinaus. Noch einmal bestätigte sich die baltische Sonderart, geschichtliche Überlieferungen auf die breitere Grundlage des Letten- und Estentums hinüberführend, aber auch wiederum als westlicher Vorposten am Rande Mitteleuropas. Das Gesetz über die Kulturautonomie, sagte ein estnischer Staatsmann, ist unsere Antrittskarte vor den Augen der westlichen Welt. Es lag darin gewiß keine Wendung zu Deutschland, wie denn Entmachtung und Enteignung der deutschen Volksgruppe vorangegangen war, wohl aber der Ansatz eines Ordnungsgedankens, der dann wesentlich unter deutsch-baltischer Führung vom Internationalen Kongreß der europäischen Nationalitäten weitergetragen wurde, der Ansatzpunkt auch einer Mitteleuropapolitik nicht-imperialistischer und nicht-hegemonialer Art.

„Ein Volk, ein Reich, ein Führer“

Es mußte diese baltische Position und alle weiterführenden Möglichkeiten in der Wurzel bedrohen, daß in Deutschland eine Bewegung emporkam, die Außengruppen nur im Zeichen von „ein Führer, ein Volk, ein Reich“ sehen wollte, einer Dreieinigkeit, die der alten von „ein Zar, ein Glaube, eine Sprache“ an Bedenklichkeit nichts nachgab. Sie war zudem gekoppelt mit dem Dogma vom Lebensraum und der Missionsideologie einer Herrenrasse über minderen Völkern, die jedem Selbstbestimmungsrecht und jeder Wertung von Volkspersönlichkeiten ins Gesicht schlug. Auf der anderen Seite ist kein Zweifel, daß die Sowjetunion in den Worten Shdanows von 1936 „das kleine Fenster nach Europa zu erweitern“ gedachte und daß sie trotz Litwinov-Protokoll und Nichtangriffspakt auf den Territorialbestand von 1914 nie verzichtet hatte, wie das Molotow in der entscheidenden Unterredung mit dem estländischen Außenminister am 23. September 1939 klar zum Ausdruck brachte. Seinem lettlandischen Kollegen gegenüber hat sich Stalin wenige Tage später ausdrücklich auf die Eroberung durch Peter den Großen berufen. Was man Sowjetimperialismus zu nennen pflegt, hat sich gegen die baltischen Staaten zuerst gewandt. Es ist aber ebenso wenig zu bezweifeln, daß von Osten her auch eine andere Missionsideologie auf die baltischen Grenzen zielte, nicht eine rassische, sondern eine soziale, für die Selbstbestimmung gleichbedeutend ist mit der Wahl eines gesellschaftlichen Systems und die den revolutionären Hebel daher an die Stellung des breiten bäuerlichen Mittelbesitzes in Lettland und Estland legte. So gerieten die baltischen Staaten in der Tat dann in das Kreuzfeuer zweier, teils machtpolitischer teils ideologischer, Expansions-tendenzen, beide in ihren inneren Voraussetzungen totalitär, beide auf Nivellierung aller geschichtlichen Strukturen gerichtet. Lettland und Estland suchten sich in dieser Lage zu retten durch strikte Neutralität, durch Enthaltung von jeder Blockbildung, durch Nichtangriffspakte, durch Vermeidung einseitigen Entgegenkommens, das der anderen Seite Vorwand zur Intervention gegeben haben würde. Das war ihr aktiver Beitrag zum Durchstehen der schweren internationalen Krise, die seit dem März 1939 heraufzog. Man wird ihn trotz unvermeidlichen Fehlschlags im Symptomatischen wiederum so gering nicht einschätzen wollen. Es ging um das völkerrechtliche Prinzip, daß unerbetene Hilfeleistung als Angriff betrachtet werden müßte, und um die Abwehr eines neuartigen Interventionsprinzips. Das hat in Entscheidungen von großer Tragweite hineingewirkt. Die feste Haltung der baltischen Staaten ist ein Faktor gewesen für ihren Verlauf wie auch einer, an dem das geschichtliche Urteil sich orientieren kann.

Die Moskauer Gespräche

Ich berühre damit die Verhandlungen Frankreichs und Englands mit der Sowjetunion über einen gegenseitigen Beistandspakt, die sich vom April bis in den August 1939 hingezogen haben. In dem prosowjetischen Buch eines lettischen Autors ist vor 12 Jahren von diesen Verhandlungen gesagt worden, sie seien „auf der Bananenschale“ der baltischen Frage ausgerutscht.²⁾ Sicherlich eine einseitige und übertriebene Feststellung, aber nicht ohne Wahrheitskern. Seit dem Erscheinen der deutschen und namentlich der britischen Dokumente zur Außenpolitik

des Jahres 1939 kennen wir die Moskauer Gespräche bis in ihre technischen Einzelheiten hinein. Danach bleibt kaum noch Raum für Meinungsverschiedenheiten. In Aufsätzen von 1952, denen die englischen Akten noch nicht zu Grunde lagen³⁾, hat Boris Meißner die These vertreten, daß Frankreich nicht nur, sondern auch England die baltischen Staaten als Interessensphäre der Sowjetunion in dem Sinne, wie diese den Begriff interpretierte, anerkannt hätten, daß sie also denselben „Kaufpreis“ wie nach ihnen Hitler zu zahlen bereit gewesen wären. In dem genannten Buch von 1956 hält er daran fest, daß sie mindestens der Sowjetunion die Vormachtstellung in den baltischen Staaten zuerkannt hätten. Gegen beide, die schärfere wie die mildere Auffassung, hat Hans von Rimscha schon 1954 wirkungsvolle und in allem Wesentlichen zutreffende Argumente vorgebracht⁴⁾.

Es handelte sich, in Kürze, um zwei Hauptfragen, die praktisch zwischen England und der Sowjetunion kontrovers waren, um die Garantierung von Staaten gegen deren eigenen Willen und um den Begriff des indirekten Angriffs. Die Westmächte waren mit Polen schon in einen Garantievertrag gegen offene Aggression eingetreten, den freilich nur der Beitritt der Sowjetunion effektiv machen konnte. Das wird die kritische Frage des Durchmarschrechts und der polnischen Ostgrenzen auf die Tagesordnung bringen. Die Sowjets forderten den Abschluß einer Militärkonvention gleichzeitig mit dem Beistandspakt. Aber ehe dieser Teil der Verhandlungen in das kritische Stadium trat, wurde schon die baltische Frage zum entscheidenden Terrain. Hier hat England der Forderung einer Garantieerklärung zu Gunsten von Staaten, die sie nicht wünschten, lange widerstanden. Es sei das ganz offenbar unmöglich, so hat Chamberlain am 2. Juni im Unterhaus erklärt. Die britische Politik war keineswegs bereit, der Sowjetunion eine Vormachtstellung im Baltikum einzuräumen über die Köpfe der Betroffenen hin, auch wollte man nicht durch Verletzung der baltischen Neutralität Hitler den Vorwand zum Eingriff geben. Diesem zweiten Gesichtspunkt wurde Rechnung getragen durch einen von Frankreich ausgehenden Vorschlag, dem Beistandspakt eine geheime Liste der zu Garantierenden beizufügen, in der auch die baltischen Staaten figurierten. Indem England diesem heiklen Ausweg Ende Juli im Entwurf beigetreten ist, dürfte an der baltischen Frage zweierlei deutlich werden: Einmal daß die Verhandlungen mit der Sowjetunion ernsthaft gemeint waren, vom Wunsch nach einer jede Aggression abschreckenden Blockbildung diktiert, daß sie also nicht als Verhüllung dienten, wie vermutet worden ist, für eine ganz andere Politik, die Hitler freie Hand zu einem östlichen Kreuzzug geben würde. Ebenso deutlich aber ist, daß Englands Zögern und schließlich seine Ablehnung, den Sowjets das Recht zu jeder Intervention im Baltikum zuzugestehen, daß dies zusammen mit den Londoner Bemühungen um einen deutsch-englischen Wirtschaftsausgleich die schon im Gang befindliche Wendung Stalins zu Hitler noch wahrscheinlicher machte. Zur Krise kam es an dem Begriff des indirekten Angriffs, der die Garantie für die baltischen Staaten in Wirksamkeit setzen würde. Der weitgehenden Interpretation der Sowjets, daß rein innerpolitische Entwicklungen bedrohlich sein und allein schon eine Intervention im Sinne der Garantieerklärung rechtfertigen könnte, widersprach der britische Außenminister aufs Entschiedenste. Für die englische Definition lag indirekter Angriff nur im Fall der Gewaltandrohung durch einen Angreifer vor, die Preisgabe der Unabhängigkeit oder Neutralität zur Folge hat. Damit wäre ein willkürliches Vorgehen der Sowjetunion unvereinbar gewesen. So kam es an diesem Punkt zum Stocken der Verhandlungen. Über alles technische Detail hinaus hat der Vertreter des britischen Außenministers am 31. Juli 1939 die Summe gezogen: „Die Hauptfrage ist, ob wir die Unabhängigkeit der baltischen Staaten beeinträchtigen sollten. Wir sind uns darüber einig, daß wir dies nicht tun sollten.“

3) Osteuropa, 1952, S. 241—250 und 341—346.

4) Historische Zeitschrift 177, 2 — Ferner lag mir eine noch ungedruckte, sehr minutiöse Untersuchung des früheren lettischen Diplomaten Magister Georg Vigrabs vor, die auch den VII. Band der englischen Akten schon benutzen konnte und zu ähnlichen Ergebnissen kommt. Eine gekürzte Fassung soll in den „Vierteljahresheften für Zeitgeschichte“ erscheinen.

2) Gregory Meikein, The Baltic Riddle.

Schlachtfeld in Entscheidungen der höchsten Politik

Auch auf diese diplomatischen Verhandlungen wird somit anzuwenden sein, daß das Baltikum, wenn auch überwiegend nunmehr passiv, Schlachtfeld in Entscheidungen der höchsten Politik gewesen ist. Es fragt sich nur, in welchem Sinne. Man könnte versucht sein zu sagen, und das ist mit dem Wort von der Bananenschale eigentlich gemeint, daß die Selbständigkeit einiger Kleinstaaten ein zu hoher Preis war, um das Nicht-Zustandekommen einer Front zu rechtfertigen, die vielleicht den zweiten Weltkrieg hätte verhindern können. Aber wieviele Fragezeichen sind hinter dieses „Vielleicht“ zu setzen? Vor allem wer wagt zu entscheiden, ob Stalin im Besitz einer vom Westen garantierten Interventionsfreiheit nicht selbst die Pandorabüchse geöffnet hätte oder erst recht mit dem Preis der englischen Zusage in der Hand bei Hitler das eingehandelt hätte, was er selbst ohne dieses Pressionsmittel von ihm bekam. Hier dürfte die Antwort darauf liegen, was das baltische Problem zur Klärung des entscheidenden Vorgangs, d. h. des deutsch-sowjetischen Vertrags vom 23. August 1939 und damit zur Frage weltgeschichtlicher Verantwortung beiträgt. Es war eben nicht so, wie Ribbentrop an jenem Tage zu einem Mitarbeiter gleichsam rechtfertigend sagte, daß die baltischen Staaten von England und Frankreich bereits restlos an die Sowjets verkauft seien. Der Westen weigerte sich letzten Endes, aus Opportunitätsgründen ein Prinzip zu opfern, für das er unter Umständen die Waffen gegen Deutschland aufzunehmen sich gebunden hatte. Es war Hitler, der bedenkenlos den Kaufpreis zahlte und damit den Deich öffnete. Er gab damit mindestens zeitweise die Expansionsrichtung im Osten zu Gunsten einer anderen auf, im Sinne der wohlbekannten Artischokentheorie. Wohl scheinen im Sommer 1939 gewisse Fühler von deutscher Seite nach Lettland und Estland ausgestreckt worden zu sein, Besuche des Generalstabschefs Halder und des Abwehrchefs Canaris fanden statt. Es ist indessen unwahrscheinlich, daß es sich dabei um formelle Militärpaktpläne oder Stützpunktpläne gehandelt hat und wenn, dann mußten sie aussichtslos sein. Wohl hat dann Ribbentrop noch Mitte August eine gemeinsame Garantie der baltischen Staaten durch Deutschland und die Sowjetunion vorgeschlagen und schließlich bei den Verhandlungen am 23. August die Düna-Grenze, also eine Teilung, durchzusetzen versucht. Nach telegraphischer Rückfrage stimmte Hitler einer Formulierung zu, die praktisch und uneingeschränkt die baltischen Staaten als sowjetische Interessensphäre anerkannte. Es geschah das so rasch und bedingungslos, daß es nicht des besonderen Argwohns oder einer Wesensverwandtschaft Stalins bedurfte, um darin den Beweis der Unaufrichtigkeit zu sehen. Nach einer freilich nicht sehr zuverlässigen Quelle soll er zu Molotow gesagt haben: „Das war die Kriegserklärung Hitlers an die Sowjetunion.“⁵⁾

Der Vertrag vom 23. August 1939

Wie dem auch sei: Sie alle wissen, daß mit dem Moskauer Vertrag vom 23. August und dem geheimen Zusatzprotokoll vom 28. September 1939 das Schicksal Estlands, Lettlands und Litauens praktisch besiegelt war. Und es ist erst recht eine Ihnen nur zu vertraute Tatsache, daß am gleichen 28. September die Voraussetzung der Umsiedlungsaktion geschaffen wurde, die in das Schicksal der deutsch-baltischen Volksgruppe so tief eingegriffen hat. Es ist das ein Vorgang, der aus dem internationalen Rahmen meines Themas herauszufallen scheint und doch nicht ganz übergangen werden kann. Der Historiker wird dabei beide Seiten zu sehen sich bemühen. Einmal den Erfolg der reichsdeutschen Gleichschaltungs- oder Pressionspolitik und die verhängnisvolle Anziehungskraft, die Teile der nationalsozialistischen Ideologie auf die deutsch-baltische Oberschicht, insbesondere auf die deutsch-baltische Jugend und ihre aus der lokalen Situation heraus besonders begreifliche Sehnsucht nach „Volksgemeinschaft“ ausgeübt haben. Er wird ebenso in Rechnung setzen, daß die Umsiedlung zugleich Rettung vor dem sicheren Untergang in der bolschewistischen Deportation bedeutete. Auch mancher überzeugte Nationalsozialist wäre dem Quasi-Befehl von Berlin nicht gefolgt, hätte diese Gefahr nicht vor der Tür gestanden. Sie alle wissen, wie falsch das offizielle Propagandabild von der „glückhaften Heimkehr ins Reich“ gewesen ist. Es konnte die bru-

tale Tatsache nicht verstellen, daß die Heimat verloren und das historische Gesicht bedroht war: dies letztere durch eine Ansetzung auf fremdem Eigentum und in fremden Häusern, die wie eine Karikatur der deutschen Ostkolonisation und des deutsch-baltischen Ringens um die Kontinuität des Rechts und der Eigenständigkeit wirken mußte. Auch dieser baltische Vorgang hat darin etwas Symbolhaftes für das Zusammenleben von Völkern im ganzen ostmitteleuropäischen Raum, etwas drohend Vorausweisendes für die Auswurzelung von Millionen. Und wenn gewisse Kreise in Lettland und Estland, die der deutsch-baltischen Jugend schon vorher das Hineinwachsen in den Staat zunehmend erschwerten, die Flurbereinigung als Erleichterung ihres nationalen Anliegens ansehen mochten, so übersahen sie vollends das drohend Vorausklingende. Tatsächlich war die Umsiedlung — und das stellt sie doch sehr wesentlich in den internationalen Rahmen — ein Stück Entwestlichung des Baltikum, eine Schwächung seiner bürgerlichen Struktur, ein Stück östlicher Nivellierung, die bald auch Letten und Esten in ihren Sog ziehen wird. So mancher von ihnen, der von der einsetzenden Deportation nach Osten bedroht war, ist im Endstadium der Umsiedlung Anfang 1941 als Deutscher über die westlichen Grenzen geschleust worden.

Doch das führt schon weit hinein in das Stadium der sowjetischen Okkupation und der Sowjetisierung. Die Etappen sind bekannt, die erzwungenen Beistandspakte vom Oktober 1939, die sowjetischen Ultimaten vom Juni 1940, die Einsetzung volksdemokratischer Regierungen, die Einheitsblockwahlen und die Umwandlung der baltischen Freistaaten in Sowjetrepubliken im August, dies auf dem bekannten Wege der „freiwillig“ gestellten Anträge um Aufnahme in den Bund. Die Methoden, mit denen das erreicht wurde und die wiederum etwas Paradigmatisches haben, bedürfen keiner Erörterung, sie sind auch dokumentarisch genugsam belegt⁶⁾, und es braucht nicht betont zu werden, daß Pseudoplebiszite unter dem Druck der Roten Armee in keiner Weise eine Rechtsgrundlage darstellen für das, was praktisch Annexion gewesen ist. Auch von der inneren Entwicklung in dem einen Jahr der Sowjetherrschaft, von den Stufen der sozialen Revolution, den blutigen Verlusten und dem Ausmaß der Deportationen habe ich nicht zu sprechen. Ebenso gehe ich über das hinweg, was in den Monaten und Jahren nach dem deutschen Einmarsch vom Juni 1941 geschah. Die Hoffnungen, die den Befreierten von einem fremden Joch und von der Zwangssowjetisierung entgegengebracht wurden, sind trotz einiger besserer Ansätze nur zu bald enttäuscht worden. Wie hätte auch ein System, das selbst auf Terror beruhte, wie hätte die Rosenbergsche oder gar die Himmlersche Ostpolitik die Chance ergreifen können, die hier bereit lag, — offenbar bereit lag in einem Gebiet alter autonomer Überlieferung und frischer Erinnerung an Selbständigkeit als irgendwo sonst? Zu einem Schlachtfeld in Fragen konstruktiver Politik ist das Baltikum in diesem Stadium nicht geworden.

Die Haltung des Westens

Um den Übergang zu einer Erörterung der Gegenwartssituation zu finden, werden wir vielmehr nach der Haltung des Westens zu fragen haben. Sie hat zunächst der Annexion durch die Sowjets auf dem fiktiven Wege freiwilligen Anschlusses die Anerkennung durchaus versagt. Die Worte vor allem des amerikanischen Unterstaatssekretärs Sumner Welles, mit denen er die „devious processes“ und die „predatory activities“ anprangerte, sind Ausdruck dieser Mißbilligung. Und mit den Prinzipien der Atlantic Charta, die knapp zwei Monate nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion angenommen wurde, waren die Vorgänge von 1940/41 ja ganz gewiß nicht verträglich. Es ist anzunehmen, daß der Vorbehalt des sowjetischen Botschafters in London hinsichtlich der Anwendung dieser Prinzipien nach den Umständen, Bedürfnissen und historischen Besonderheiten „bestimmter Länder“ sich namentlich auf die baltischen Staaten bezog. Deutlicher ist Stalin im November 1941 geworden, wenn er von den durch Deutschland ihrer demokratischen Freiheiten beraubten „baltischen Sowjetländern“

5) Peter Kleist, Zwischen Hitler und Stalin (1950, S. 268).

6) U. a. durch die von Boris Meissner veröffentlichten „Dokumente zu den kommunistischen Volkswahlen in England (Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte II, 1, S. 106 ff).

sprach. Die Forderung nach Anerkennung ihrer Einverleibung wurde offiziell gestellt, und es ist seitdem Sowjetthese gewesen, daß das Schicksal des Baltikum eben kein internationales, sondern ein inner-russisches Problem sei. Demgegenüber wich der Westen zunächst in eine Haltung aus, die generell darauf bestand, keine territorialen Veränderungen während des Krieges anzuerkennen, sondern sie ausnahmslos der Friedenskonferenz vorzubehalten. Aber unter dem Druck der Kriegslage trat eine Erweichung dieses Standpunkts ein im Sinne einer Kompromißlösung, die tatsächlich eine erste, und darin wiederum verhängnisvoll symptomatische Kompromittierung der Atlantic Charta bedeutete. Es war ein Strohalm im Wind, daß im August 1942 die Gesandten der drei baltischen Staaten in London von der diplomatischen Liste gestrichen wurden. Der amerikanische Staatssekretär Hull hat diesem Rückzieher sich scharf widersetzt, und auch Roosevelt sprach noch im März 1943 davon, daß die Überlassung der baltischen Staaten an Rußland ihm widerstrebe und daß die frühere Volksabstimmung wahrscheinlich eine Farce gewesen sei. Aber Churchill war jetzt bereit, den russischen Beitritt zur Charta als an die Klausel der Grenzen von 1914 und 1939 geknüpft anzuerkennen. Weder in Teheran noch in Jalta ist der Sowjetthese, wonach die baltische Frage außer Diskussion stehe, formell von den westlichen Alliierten widersprochen worden. Immerhin gelang es auf der Krimkonferenz der amerikanischen Delegation, eine Erklärung über das „Befreite Europa“ durchzusetzen, deren Verheißungen, wie immer unerfüllt sie geblieben sind, von ihr auf das Baltikum mitbezogen wurden. Ausdrücklich erklärte der stellvertretende amerikanische Staatssekretär, soweit es die Vereinigten Staaten betreffe, bleibe auch nach Jalta der Status der baltischen Staaten unverändert, ihre Gesandten würden vom State Department auch weiterhin anerkannt.

Dieses ist die Sachlage bis heute geblieben. The Statesman's Yearbook für 1955 stellt fest, daß die Einverleibung der baltischen Staaten in die UdSSR von Großbritannien de facto anerkannt sei, aber nicht von der Regierung der Vereinigten Staaten. Der Congressional Directory für Januar 1956 zählt unter den völkerrechtlichen Vertretungen auf: ein estländisches Generalkonsulat in New York, eine lettlandische und eine litauische Gesandtschaft in Washington, ferner estländische Konsulate in Los Angeles und New York, lettlandische in Los Angeles, Washington, Indianapolis, New Orleans, Philadelphia und San Juan, litauische in Chicago, Boston und New York. Damit ist im juristischen Sinne, was immer die Schwierigkeiten des Protokolls und der Finanzierung sein mögen, die Fortexistenz der baltischen Staaten seitens den USA anerkannt, und dies ist die erste Tatsache, auf die sich die Auffassung stützen kann, daß sie noch heute ein Problem der internationalen Politik darstellen.

Fortexistenz der „Balten“

Die zweite und fundamentalere Tatsache ist die Fortexistenz der betroffenen Völker, die durch ihre Auslands- oder Exilorganisationen, insbesondere in den Vereinigten Staaten, neuerdings auch in Kanada, nicht unerheblichen Einfluß üben, die vor allem aber doch auch im Lande selbst dem Grundstock nach geblieben sind. Es ist nicht leicht, sich Klarheit über die zahlenmäßigen Verhältnisse zu verschaffen, trotz vieler Mühe, die daran u. a. auch von deutsch-baltischer Seite gewandt ist. Fest steht, daß sich unter den DP's, d. h. unter UNRRA-Verwaltung in Westdeutschland 163 000 „Balten“ befanden, daß 30 000 nach Schweden entkamen. Nur ganz wenige kehrten vom Westen in die Heimat zurück. Wieviele zu den Umgekommenen hinzu nach Osten deportiert worden sind, einschließlich der letzten großen Welle vom Frühjahr 1949, wird wohl nie genau festzustellen sein. Eine jüngste Untersuchung, die an der Universität von Chicago für Lettland durchgeführt worden ist, kommt zu einem Gesamtverlust der lettischen Bevölkerung von 320 000. Dem steht ein Zuwachs der großrussischen und belorussischen um 500 000 gegenüber, was ihren Anteil auf insgesamt 37 Prozent bringen würde. Darin ist jedoch militärisches und

administratives Personal enthalten. Man wird gewiß weder die Schwere des Aderlasses gerade auf Kosten der führenden und bewußt westlichen Schichten noch das Ausmaß der Russifizierung bagatellisieren wollen, und doch darf man glücklicherweise sagen, daß der mit subjektivem Recht alarmierende Buchtitel eines litauischen Autors von 1947 „Ein kleines Volk wird ausgelöscht“ und daß die Gefahr der völligen Zerstreuung der Litauer, Letten und Esten sich nicht erfüllt haben.

Nun wird gewiß niemand die Illusion hegen, daß aus dieser Tatsache allein eines Tages sich praktische Folgerungen ergeben könnten. Und mit der gleichen illusionslosen Nüchternheit muß gesagt werden, daß in der Kette ungelöster Probleme die Chancen von Westen nach Osten eher abnehmen, von der Sowjetzone über die Oder-Neiße-Gebiete nach Ostpreußen und dem Baltikum. Und doch gehören sie alle in dem Sinne zusammen, daß ihrer aller Schicksal durch die Rote Armee, durch die Macht der Tatsachen entschieden worden ist, ohne rechtliche Legitimierung und in offenbarstem Gegensatz zu volksmäßigen Gegebenheiten. Mit Recht wehren sich die Beteiligten, daß die eine Frage gegen die andere etwa ausgehandelt werde. So haben denn in den Plänen einer „Zurückrollungspolitik“ die baltischen Staaten auch ihren Platz gehabt, — in sehr unrealistischen Plänen. Denn daß keine der genannten Fragen mit den Waffen gelöst werden kann, liegt auf der Hand. Von größerem Interesse dürfte daher sein, daß auch im Eden- und im Dulles-Plan des letzten Jahres das Baltikum eingeschlossen gewesen ist. In der Tat: wenn die deutsche Einheit erkaufbar sein sollte durch Demilitarisierung der bisherigen Sowjetzone und einen Sicherheitsgürtel zwischen Elbe und Weichsel, oder durch beiderseitige Räumung atomarer Basen und strategischer Ausgangsstellungen, dann müßte auch die baltische Position als ein garantierter Puffer darin einbegriffen sein.

„Das letzte Geschenk . . .“

Es wird vom Historiker nicht erwartet werden, daß er sich in politischen Spekulationen über solche Möglichkeiten ergeht. Und doch drängt sich eine letzte Erwägung auf, die gleichfalls und mit Notwendigkeit im Ungewissen endet, die aber die vorhin genannte Kette abnehmender Chancen nicht ohne Grund ins Gegenteil verkehrt sieht oder mindestens das Stellvertretende einer Entscheidung am Endglied der Kette hervorhebt. Am Baltikum wie einem feinfühligem Barometer ist zuerst die Gewitterwolke spürbar geworden, die sich seitdem über Europa gelegt hat, hier wurde zuerst die Unverträglichkeit von Prinzipien offenbar, die nach dem zweiten Weltkrieg die Welt in zwei Heerlager auseinandergerissen haben. Nirgendwo sonst würde die Ernsthaftigkeit der auf dem 20. Parteikongreß proklamierten Wendung deutlicher in Erscheinung treten und die vielberufene Entspannung in der Koexistenz handgreiflicher zu überprüfen sein als an diesem symptomatischen Punkt. Einen gewissen Vorklang, wie immer taktisch bedingt und aus abweichenden Voraussetzungen stammend, wird man in der sowjetischen Finnland-Politik sehen dürfen. Aber die wirkliche Visitenkarte, um das Wort des estnischen Staatsmanns zu wiederholen, wäre in Reval und Riga auf den Tisch zu legen. Sie müßte nicht nur die Umwandlung der Sowjetrepubliken in Satelliten enthalten, von der gemunkelt wird, sondern bei aller Sicherung gegen restauratives Extrem Freigabe der gesellschaftlichen Ordnung nach den Wünschen der Bevölkerung und Freizügigkeit für die Ausgesiedelten in Ost und West.

Vor einigen Monaten hat Reinhard Wittram auf der Baltischen Historikerkonferenz den Vortrag eines estnischen Kollegen eingeleitet, indem er davon sprach, daß nach den Erlebnissen der Katastrophe „weder abweichende Ansichten, noch räumliche Zerstreuung, noch verschiedenes Schicksal“ die Angehörigen der einst zusammenwohnenden Völker mehr trennen könne. So sei „das letzte Geschenk des von Kampf und Not gezeichneten alten Landes“ an die Überlebenden: „Friede.“ Man könnte wohl nicht treffender die Möglichkeiten und Aussichten eines „letzten Geschenkes“ kennzeichnen, die sich auch an „Das Baltikum als Problem der internationalen Politik“ knüpfen.

Leo Trotzki

„Es gibt keinen besseren Bolschewiken als Trotzki.“

(Lenin am 1. November 1917 im Petrograder Parteikomitee)

„Die trotzkistisch-sinowjetischen Politiker erwiesen sich als politische Gauner, als politische Doppelzüngler.“

(S. 335 des Stalinistischen Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU)

„— persönlich ist er vermutlich der fähigste Mann im gegenwärtigen Zentralkomitee —“

(Lenin über Trotzki in Notizen vom 24. Dezember 1922, die er dem nächsten Parteitag zuleiten wollte)

☆

Der „Trotzkismus“ hat den Despoten von 1905 und den Menschewiki, nicht minder aber Stalin, seinen Helfern und Nachfolgern immer wieder zu schaffen gemacht. Ausgehend von der Lehre des „Sozialismus in einem Lande“ bekämpfte Stalin ab 1924 Trotzki's Theorie der Permanenten Revolution, ging zu persönlichen Beschuldigungen über, die sich gegen Trotzki während der Revolution eingenommene Haltung richteten und in maßlose Hetze ausmündeten. Schließlich stand im Zentrum der großen Säuberungen der Jahre 1936–38 die Behauptung, Trotzki habe seit den ersten Tagen der Sozialistischen Oktober-

revolution in einer Verschwörung gegen Lenin, gegen die „Partei“, gegen den Sowjetstaat gestanden.

Der Trotzkismus lebte, auch nachdem Stalin seinen Urheber 1940 in Mexiko hatte ermorden lassen, weiter. Trotzki zu sein, war eine Beschuldigung, die in den Jahren danach gegen „Parteifeinde“ immer wieder erhoben worden ist. Die deutschen Kommunisten Paul Merker und Lex Ende wurden 1950 vom Zentralkomitee der SED der Zusammenarbeit mit trotzkistischen Agenten beschuldigt. Der Tscheche Slansky gab in seinem Prozeß zu, mit den Methoden des „trotzkistisch-bucharinistischen Verschwörerzentrum“ gearbeitet zu haben. Kurt Müller „lancierte“, wie man ihm vorwarf, trotzkistische Elemente.

Chruschtschow erörterte in seiner Geheimrede Stalins Kampf gegen die Trotzkisten. Angesichts dieser Tatsache, der Erwähnung Trotzki's auch in verschiedenen anläßlich des 20. Parteitages von der KPdSU herausgegebenen Dokumenten, muß die Frage erhoben werden: Ist der Trotzkismus damit rehabilitiert, welche Folgen würde eine solche Rehabilitierung haben? Und weiter: Welche Bedeutung kommt Trotzki und seinen Lehren für unsere Zeit zu?

Auf diese sich stellenden Fragen wollen die folgenden kurzen Ausführungen eine Antwort versuchen.

Das Leben eines Revolutionärs

Als der damals 23jährige Trotzki in London der Redaktion der später so berühmt gewordenen Zeitschrift „Iskra“ (Trotzki: „Das war eine glänzende Literatur, die wissenschaftliche Tiefe mit revolutionärer Leidenschaft vereinigte.“) beitrug, benutzte er den Parteinamen „Feder“, den er schon vor seiner Flucht in Samara als Mitglied des inländischen Stabes der „Iskra“ gebraucht hatte. Dieser Name spielte auf die Gewandtheit Trotzki's als Schriftsteller an, die in der Tat eine der bedeutendsten Komponenten seiner Persönlichkeit war. Nur die Entwicklung Trotzki's zum Revolutionär hat in seinem Leben gleiches Gewicht gewonnen. Beide Komponenten befruchteten sich gegenseitig: Seine schriftstellerische Tätigkeit stellte Trotzki überwiegend in den Dienst der Revolution. Sein Hauptbeitrag zur bolschewistischen Lehre ist die Theorie der „Permanenten Revolution“, die auch Gegenstand eines seiner Werke gewesen ist.¹⁾ Auch Trotzki's Erfahrungen als Revolutionär haben ihren schriftstellerischen Niederschlag gefunden.²⁾ Mit Recht hat Max Eastman gesagt, daß Trotzki die Geschichte so brillant beschrieb, wie er sie gemacht hatte. Lassen wir die „Feder“ selbst mit einer Skizze seines Lebenslaufs zu Wort kommen³⁾:

„Mein Geburtstag fällt auf den Tag der Oktoberrevolution. Mystiker und Pythagoräer mögen daraus Schlüsse ziehen, die ihnen zusagen. Ich selbst habe dieses kuriose Zusammentreffen erst drei Jahre nach der Oktoberrevolution entdeckt. Neun Jahre lebte ich ununterbrochen in einem entlegenen Dorfe. Acht Jahre besuchte ich die Mittelschule. Ein Jahr, nachdem ich die Schule beendet hatte, wurde ich zum erstenmal verhaftet. Als Universitäten dienten mir, wie vielen meiner Altersgenossen, Gefängnisse, Verbannung und Emigration. In den zaristischen Gefängnissen saß ich zwei Mal, insgesamt etwa vier Jahre; in der zaristischen Verbannung verbrachte

ich das erste Mal annähernd zwei Jahre, das zweite Mal einige Wochen. Zweimal bin ich aus Sibirien geflohen. Als Emigrant lebte ich insgesamt zwölf Jahre in verschiedenen Ländern Europas und Amerikas, davon zwei Jahre vor der Revolution von 1905 und beinahe zehn Jahre nach ihrer Niederschlagung. Während des Krieges wurde ich im Hohenzollernschen Deutschland in contumaciam zu Gefängnis verurteilt (1915), im folgenden Jahr aus Frankreich nach Spanien ausgewiesen, von wo ich nach einem kurzen Gefängnisaufenthalt in Madrid und nach einem etwa einmonatigen Aufenthalt unter Polizeiaufsicht in Cadix nach Amerika ausgewiesen wurde. Dort erreichte mich die Nachricht von der Februarrevolution. Unterwegs aus New York nach Rußland, verhafteten mich die Engländer im März 1917 und hielten mich einen Monat im Konzentrationslager zu Kanada fest. Ich beteiligte mich an den Revolutionen von 1905 und 1917, war Vorsitzender des Petersburger Sowjets der Deputierten zuerst im Jahre 1905 und dann 1917. Ich nahm nahen Anteil an dem Oktoberumsturz und war Mitglied der Sowjetregierung. In der Eigenschaft eines Volkskommissars des Auswärtigen führte ich in Brest-Litowsk mit den Vertretern Deutschlands, Österreich-Ungarns, der Türkei und Bulgariens die Friedensverhandlungen. In der Eigenschaft des Volkskommissariats für Kriegs- und Marinewesen widmete ich fünf Jahre der Organisation der Roten Armee und dem Aufbau der Roten Flotte. Während des Jahres 1920 übernahm ich daneben die Leitung der Wiederaufrichtung des damals desorganisierten Eisenbahnwesens. . . .

Im Januar 1928 schickte mich die heutige Sowjetregierung in die Verbannung. Ein Jahr verbrachte ich an der Grenze Chinas. Im Februar 1929 wurde ich in die Türkei ausgewiesen und schreibe diese Zeilen in Konstantinopel.“

Dieser gedrängten Darstellung sind noch einige ergänzende Worte beizufügen.

1) Die Permanente Revolution, Berlin, 1930.

2) Die Geschichte der Russischen Revolution, Berlin, 1933.

3) Trotzki, Mein Leben, Einleitung, S. XIV.

Trotzki, 1879 als Leo Davidowitsch Bronstein geboren, war das Kind eines jüdischen Gutsbesitzers in der Ukraine, der durch Sparsamkeit, Geschick und Fleiß zu gewissem Wohlstand gekommen war. Schon als Schüler in Odessa und Nikolajew kam Trotzki — wohl durch Beobachtung sozialer Ungerechtigkeiten und politischer Diskriminierungen einzelner Nationalitäten veranlaßt — in Berührung mit revolutionären Gedankengängen, die damals ihre Verkörperung in dem „Südrussischen Arbeiterbund“ fanden. Noch bevor er in engere Verbindung zu der Sozialdemokratischen Partei Rußlands getreten war, nahm Trotzki an den südrussischen Streiks des Jahres 1897 regen Anteil, was zu seiner ersten Verhaftung (1898) und Flucht aus Sibirien nach Westeuropa (1902) führte.

Die Streitigkeiten, denen Trotzki im Londoner Redaktionskollegium der „Iskra“ begegnete, spiegelten die Kämpfe wider, die sich zwischen den beiden großen Blocks der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR) abspielten und auf dem II. Kongreß dieser Partei, abgehalten 1903 in London, offen in Erscheinung traten. Die von Lenin gewonnene Mehrheit bildete von da an die bolschewistische Fraktion der SDAPR, während die Gruppe um Martow auf diesem Parteitag in der Minderheit blieb und deswegen „Menschewiki“ genannt wurde. Trotzki hatte trotz persönlicher Sympathie für Lenin mit den Menschewiki gestimmt. Wenn er auch nicht lange auf der menschewikistischen Linie blieb (schon 1904 trat er aus der Minderheitsfraktion aus), so kehrte er doch erst zu Lenins Organisation zurück, als dessen Fraktion 13 Jahre später in der Oktoberrevolution von 1917 gesiegt hatte. Dennoch zeigt Trotzki's Weg nach 1904, daß er nichts weniger als ein Opportunist war.

Im Februar 1905 kehrte er nach Rußland zurück und beteiligte sich an der Revolution dieses Jahres, in der er, 26 Jahre alt, Vorsitzender des Petersburger Sowjets wurde. Nach zwei in Petersburger Gefängnissen verbrachten Jahren kam er im Februar 1907 auf dem Wege zu seinem Verbannungsort Obdorsk nach Beresow. Hier ergriff er sofort eine günstige Gelegenheit zur Flucht — 700 km im Rentierschlitten vom Ob zum Ural — und gelangte glücklich nach Finnland. Die Jahre seiner zweiten Emigration bis zum Kriegsausbruch verbrachte Trotzki meist in Wien, hier lernte er die österreichische und deutsche Sozialdemokratie kennen. Seine überwiegend negative Beurteilung dieser Parteien wurde für ihn durch den Zusammenbruch der Internationale bei Kriegsausbruch (1914) bestätigt. Im August 1914 mußte Trotzki als Russe Österreich schleunigst verlassen. Über die Schweiz gelangte er im November 1914 nach Frankreich. Seinen Lebensunterhalt bestritt er damals — wie während der gesamten Emigrationszeit — durch journalistische Arbeiten. Auf der Konferenz internationaler Sozialisten, die im September 1916 in Zimmerwald (Schweiz) stattfand, traf Trotzki Lenin wieder. Dessen Auffassungen begann er sich jetzt zu nähern.

Nach der Konferenz gewann die Antikriegsbewegung in allen europäischen Ländern an Boden. In Deutschland verstärkte sich die Tätigkeit der Spartakisten⁴⁾. Die von Trotzki in der Pariser Emigrantenzzeitung „Nasche Slowo“ betriebene scharfe Agitation gegen Krieg und Zarismus führte schließlich zu seiner Ausweisung aus Frankreich (September 1916). Über Spanien ging er nach New York, der „märchenhaft prosaischen Stadt des kapitalistischen Automatismus, wo in den Straßen die ästhetische Theorie des Kubismus und in den Herzen die sittliche Philosophie des Dollars herrscht“⁵⁾. Dort erreichte ihn die Nachricht, daß die Revolution in Petersburg ausgebrochen sei.

Anfang Mai 1917 kam Trotzki in Rußland an. Es war selbstverständlich, daß er sich in den Petersburger Sowjet begab, dessen Vorsitzender er schon 1905 gewesen war. An der Seite Lenins begann er den Kampf gegen den „Prahlscham“ (so Lenin) Kerenski und seine Provisorische Regierung, einen Kampf, der Trotzki nach den Julitagen („Alle Macht den Sowjets“) für einige Wochen ins Gefängnis, Lenin aber wieder in die Illegalität führte.

Wie schon vor Lenins Ankunft im April 1917 waren Stalin, Kamenjew und Sinowjew ohne klare Linie. „Lenin ist nicht da,“ sagte Mura-

tow, „von den übrigen hat allein Trotzki den Kopf nicht verloren.“ Sofort nach seiner Haftentlassung bereitete Trotzki unter dem Vorwand, die Bolschewiki in die Verteidigung Petersburgs gegen den Angriff des „konterrevolutionären“ Generals Kornilow einzuspannen, den bewaffneten Aufstand vor. Aus der Neuwahl des Petersburger Sowjets ging Trotzki als Vorsitzender hervor. In der entscheidenden letzten Woche verließ er den Smolny nicht mehr.

Lenin traf nach 4monatiger Abwesenheit in Petersburg ein. Das Winterpalais, der Sitz der Regierung Kerenski, war bereits umstellt. Es wurde genommen, die Revolution hatte gesiegt. Wenige Tage darauf sagte Lenin im Petersburger Parteikomitee: „Es gibt keinen besseren Bolschewiken als Trotzki“.

Wie recht er damit hatte, zeigte sich in den Jahren der Bürgerkriege. Trotzki hatte zunächst als Volkskommissar des Äußeren die Verhandlungen in Brest-Litowsk geführt. Im März 1918 wurde er Volkskommissar für den Krieg und Vorsitzender des Obersten Kriegsrats.

Im Bürgerkrieg entfalteten Trotzki's Unbeugsamkeit, seine Willenskraft, seine Entschlußfähigkeit sich auf das Glänzendste. Zweieinhalb Jahre eilte er in dem Panzerzug des Vorsitzenden des Revolutionären Kriegsrats von Brennpunkt zu Brennpunkt. 105 000 Kilometer legte er auf diese Weise zurück. Der „Zug“ war für damalige sowjetische Verhältnisse erstaunlich modern mit einer Druckerei, einer Radio- und Telegrafestation, einer Bibliothek, einer Garage und einem Badebetrieb eingerichtet. Zum „Zug“ gehörte auch eine kleine Elitetruppe. Durch Trotzki's Eingreifen wurden Kasan gerettet, die Lage an der Südfront wiederhergestellt und Petersburg gehalten. Überall, wo der Zug erschien, verflogen die besorgniserregenden Gerüchte, die Stimmung festigte sich.

Typisch für Trotzki's Haltung im Bürgerkrieg ist die Geschichte der Verteidigung von Petersburg. Der finische Meerbusen schien von der englischen Flotte beherrscht, General Judenitsch, der Oberbefehlshaber der vorzüglich ausgerüsteten Nordwestarmee der „Weißen“, rückte auf Petersburg vor. Die 7. sowjetische Armee floh, Waffen und Train zurücklassend, in Richtung auf die Stadt. Sinowjew, damals in Petrograd verantwortlich, sandte pessimistische Berichte an Lenin. Dieser war zu der Überzeugung gekommen, daß Petersburg wegen der schwierigen Lage an anderen Fronten (Orel war von den Weißen genommen, Tula bedroht) aufgegeben werden müsse. Da setzte Trotzki seine Meinung, daß Petersburg um jeden Preis gehalten werden müsse, durch. Er eilte nach Petersburg⁶⁾. Über die Lage dort sagt er⁷⁾:

„Es waren außerordentliche Maßnahmen nötig, denn der Feind stand vor den Toren. Wie stets in solchen Fällen, stützte ich mich auf die Truppenkolonne meines Zuges. Auf diese Menschen konnte man sich in den schwierigsten Situationen verlassen. Sie kontrollierten, übten einen Druck aus, stellten Verbindungen her, ersetzten die Untauglichen, stopften die Lücken aus. Von dem offiziellen Apparat, der jegliches Gesicht verloren hatte, stieg ich zwei, drei Stufen tiefer hinab: zu den Bezirksorganisationen der Partei, zu den Werkstätten, Fabriken, Kasernen. In Erwartung der Übergabe der Stadt an die Weißen hatte niemand den Mut, sich besonders hervorzutun. Sobald man aber unten von dem Gefühl erfaßt wurde, Petrograd werde nicht preisgegeben, sondern, wenn es dazu kommen sollte, in den Straßen und auf den Plätzen verteidigt werden, schlug die Stimmung jäh um. Die Kühneren und Aufopferungsfähigen erhoben die Häupter. Abteilungen aus Männern und Frauen verließen mit Sappeurinstrumenten die Fabriken und Werkstätten. . . . Nicht wenige Frauen wußten die Schußwaffe zu handhaben, nicht wenige stellten sich an die Maschinengewehre. Die ganze Stadt wurde in Bezirke eingeteilt, unter Leitung von Arbeiterstäben. Um die wichtigsten Punkte zog man Stacheldraht. Es wurden eine Reihe Stellungen für die Artillerie ausgewählt und die Schußziele vorher bestimmt. Auf den Plätzen und an den wichtigsten Straßenkreuzungen standen an die sechzig Geschütze unter Deckung. Die Kanäle, Gärten, Mauern, Wände und Häuser wurden befestigt. An der Stadtperipherie und die Newa ent-

4) Vgl. W. I. Lenin, Ausgewählte Werke II, Berlin, 1952, S. 36.

5) Trotzki, Mein Leben, S. 258.

6) Vgl. v. Rauch, Geschichte des Bolschewistischen Rußlands, Wiesbaden, 1955, S. 154/55.

7) Vgl. Mein Leben, S. 411 ff.

lang wurden Schützengräben ausgeworfen. Der ganze südliche Stadtteil verwandelte sich in eine Festung. In vielen Straßen und auf Plätzen erstanden Barrikaden. Aus den Arbeitervierteln wehte ein neuer Geist in die Kasernen, in die Etappe, in die Armee an der Front. . . .

Wie immer in schwierigen Augenblicken, hielt ich es für notwendig, zuallererst der Armee und dem Lande die grausame Wahrheit zu enthüllen. Ich teilte der Öffentlichkeit den sinnlosen Rückzug mit, der am gleichen Tage erfolgt war. „Die Kompanie eines Schützenregiments ist in Aufregung geraten über eine feindliche Kette an ihrer Flanke. Der Regimentskommandeur hat den Befehl zum Rückzug erteilt. Fluchtartig ist das Regiment acht bis zehn Werst zurückgegangen, bis nach Alexandrowka. Die Nachprüfung hat ergeben, daß sich an der Flanke eine unserer eigenen Abteilungen befunden hat. . . .“ Das zurückflutende Regiment hat sich jedoch als gar nicht so schlecht gezeigt. Sobald man ihm das Vertrauen zu sich selbst zurückgegeben hatte, ist es unverzüglich umgeschwenkt und hat, bald im Eilschritt, bald im Marsch, trotz der kalten Witterung schweißbedeckt, acht Werst in einer Stunde gemacht, den an Zahl schwachen Gegner hinausgeworfen und unter kleinen Verlusten seine alten Stellungen wieder eingenommen. In dieser kleinen Episode habe ich zum ersten und einzigen Male in meinem Leben die Rolle des Regimentskommandeurs gespielt. Als die rückflutenden Ketten den Divisionsstab in Alexandrowka dicht bedrängten, bestieg ich das erste Pferd, das ich fand, und wendete die Reihen um. Im ersten Augenblick entstand eine Verwirrung; nicht alle begriffen, um was es sich handelte, vereinzelt setzten den Rückzug fort. Aber zu Pferd holte ich sie Mann für Mann zurück. Jetzt erst bemerkte ich, daß hinter mir her meine Ordonanz Koslow jagte, ein früherer Soldat, ein Bauer aus der Nähe von Moskau. Er war in einem Rausch. Mit einem Revolver in der Hand herumfuchtelnd, lief er die Reihen entlang und schrie aus allen Leibeskräften: „Keine Angst, Kinder, der Genosse Trotzki führt euch. . . .“ Jetzt nahm der Angriff das gleiche Tempo wie früher der Rückzug.

... Der Antrieb war gegeben. Ich fühlte mit meinen ganzen Sein, daß wir Petrograd halten würden.“

Trotzkis Schilderungen werden durch die seiner Gegner bestätigt. Kirdezow, ein Mitarbeiter Judenitschs, schreibt⁸⁾:

„Schon am 16. Oktober traf an der Petrograder Front eiligst Trotzki ein, und die Verwirrung des roten Stabes machte seiner glühenden Energie Platz. Einige Stunden vor dem Fall Gatschinas versuchte er noch, den Angriff der Weißen aufzuhalten; als er aber sieht, daß das nicht möglich ist, verläßt er eiligst die Stadt, um die Verteidiger von Zarskoje zu organisieren. Größere Reserven sind noch nicht angekommen, aber er sammelt hastig alle Petrograder Kriegsschüler, mobilisiert die ganze männliche Bevölkerung Petrograds, treibt die rotarmistischen Abteilungen mit Maschinengewehren (!) wieder vorwärts und bringt durch seine energischen Maßnahmen alle Zugänge zu Petrograd in Verteidigungszustand. . . . Trotzki gelang es, in Petrograd gesinnungsstarke kommunistische Arbeiterabteilungen zu organisieren und sie in den Mittelpunkt des Kampfes zu werfen. Nach dem Zeugnis des Stabes Judenitschs waren es diese, und nicht (?) die rotarmistischen Abteilungen, die sich neben den Matrosenbataillonen und den Kriegsschülern wie die Löwen geschlagen haben. Sie attackierten die Tanks mit vorgehaltenen Bajonetten, ganze Reihen von ihnen sanken unter dem mörderischen Feuer der Stahlungehauer dahin, die übrigen aber fuhren standhaft fort, ihre Stellungen zu verteidigen.“

(Die Fragezeichen im Text stammen von Trotzki)

Auch in diesem Augenblick des Sieges über die verhaßte Intervention zeigte sich Trotzki als Politiker. In seinem am 24. Oktober 1919 an Armee und Flotte erlassenen Befehl sagte er:

„Aber auch jetzt, im Augenblick der erbittertsten Kämpfe gegen den Mietling Englands, Judenitsch, fordere ich von euch: vergeßt

niemals, daß es nicht nur ein England gibt. Neben dem England der Profite, der Gewalt, der Bestechung, der Blutgier existiert das England der Arbeit, der geistigen Macht, der großen Ideale, der internationalen Solidarität. Gegen uns kämpft das England der Börse, das niedrige und ehrlose England. Das werktätige England, sein Volk ist mit uns.“

Am Ende des Bürgerkriegs war Trotzki, des Helden der Revolution und des Bürgerkriegs, Popularität auf dem Höhepunkt. Selbst Lenins Ansehen beim Volke war nicht größer. Trotzki strategischer Weitblick, seine Rednergabe und sein Verhältnis zu Lenin schienen ihm diese Position auf Lebenszeit zu sichern. Und dennoch war er 5 Jahre später aus Partei und Zentralkomitee ausgeschlossen und auf dem Wege in die Verbannung nach Alma-Ata. Wie kam es dazu?

Lenin hatte in seinen letzten Lebensjahren nicht nur den Charakter Stalins klar erkannt, sondern auch Mittel gesucht, die Macht des aufgekommene und von Stalin beherrschten „Parteibürokratismus“ zu brechen. Dafür, daß die Parteibürokratie diese Bedeutung erlangt hatte, trugen allerdings Lenin und Trotzki eine erhebliche Verantwortung⁹⁾. Der X. Parteitag (8. März 1921) hatte auf den von Trotzki unterstützten Vorschlag Lenins hin eine Resolution „Über die Einheit der Partei“ angenommen, die jede Abweichung von der Parteilinie mißbilligte, jedes Anzeichen von „Fraktionsmacherei“ verbot. Ferner hatte der X. Parteitag gebilligt, daß der von freiheitlich-sozialistischen Elementen getragene Aufstand der Kronstädter Matrosen („die weißgardistische Meuterei der Kronstädter Konterrevolutionäre“) blutig niedergeschlagen worden war. Trotzki hatte auch hieran erheblichen Anteil¹⁰⁾. Lenin und Trotzki hatten damit selbst einen schweren Schlag gegen die innerparteiliche Demokratie geführt, dessen Folgen zu beseitigen sie sich jetzt bemühten.

Stalins Verhalten während Lenins erster Krankheit führte dazu, daß Lenin sich dazu entschloß, die persönlichen Beziehungen zu ihm abzubauen¹¹⁾. Schon vorher hatte er Trotzki vorgeschlagen, einen Block, eine gemeinsame Kampffront, gegen die Staatsbürokratie und gegen das Organisationsbüro des Zentralkomitees zu bilden. Trotzki hatte den Vorschlag angenommen. Darauf geht der Beschluß des XV. Parteitages zurück, eine Zentrale Kontrollkommission, heute eine Einrichtung aller kommunistischen Parteien, zu bilden. Der weiteren Anregung Lenins, er solle sein Stellvertreter — und damit Nachfolger — auf dem Posten des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare werden, trat Trotzki jedoch nicht näher. Er unternahm nichts, als er schon vor Stalins Tod erkannte, daß sich die in der Bildung begriffene, aus Stalin, Kamenjew und Sinowjew bestehende Troika gegen ihn als den gegebenen Nachfolger Lenins richtete. Mehr: Auch als ihn die Nachricht vom Tode Lenins in Tiflis erreichte, ließ er sich durch ein Telegramm Stalins abhalten, nach Moskau zurückzukehren. Nicht einmal, als in den kommenden Monaten auf ein in der „Prawda“ gegebenes Signal hin eine wütende Hetze in der Öffentlichkeit gegen Trotzki und den „Trotzkismus“ einsetzte, brach er zur Bestürzung seiner Freunde und zum Erstaunen der Welt seine „Politik des Schweigens“.

Dieses schwerwiegende Versagen gegenüber den Forderungen der Revolution, wie Trotzki sie verstand, ist durch die Stärke seiner Gegner nicht zu erklären. Die Troika entzweite sich schon im Sommer 1926. Sinowjew und Kamenjew bildeten mit Trotzki einen Block, dem später in den Säuberungen eine so große Bedeutung zugesprochen wurde. Das Einzige jedoch, was die Sache sofort, und zwar zu seinen Gunsten, entschieden hätte, tat Trotzki nicht: Er kämpfte nicht im Zentralkomitee, er appellierte nicht an seine alten Kampfgefährten — Stalin hatte keine —, er versuchte nicht einmal, die Massen für sich zu gewinnen. Stalin dagegen dirigierte die Parteibürokratie und brachte auf dem XV. Parteitag im Dezember 1927 eine Mehrheit zusammen, die Trotzki, Sinowjew, Kamenjew, Radek und andere, die dem Block angehörten, aus der KPdSU ausschloß.

9) Vgl. auch R. Luxemburg, die „Russische Revolution“ in Steinberg, Verdict of Three Decades, S. 17.

10) Vgl. S. Leonhard „Gestohlenes Leben“, Frankfurt, 1956, S. 765.

11) Vgl. seinen Brief an Stalin vom 5. März 1923.

8) Zitiert in Trotzki, Mein Leben, S. 418 f.

Die Erklärungen, die Trotzki selbst für seine Haltung gegeben hat, überzeugen nicht. Selbst wenn Stalin ihn in dem nach Tiflis gesandten Telegramm über den Tag von Lenins Begräbnis getäuscht hat, so war das kein Grund, nicht dennoch zurückzukehren und nach dem Begräbnis für die Revolution — Trotzki war der Meinung, daß ihr Schicksal auf dem Spiel stand — zu kämpfen. Trotzki gibt keine Erklärung darüber, warum er auf den von Lenin gemachten Vorschlag, sein Stellvertreter zu werden, nicht eingegangen ist. Auch seine zeitweilige Erkrankung kann nicht diese selbsterstörerische Passivität begründen, wenngleich sie mitgewirkt haben mag.

Der Schlüssel für sein Verhalten dürfte in seiner Persönlichkeit, in seinen Anlagen zu suchen sein. Fühlte er sich so sehr als Revolutionär, als Oppositioneller, daß er die höchste Macht — im Unterbewußtsein — nicht wollte? Verdeckten seine rationalen Erklärungen nur dieses Nichtwollen? ¹²⁾ Kämpfte er nicht um die Macht, weil er den Kampf angesichts seiner inferioren Gegner nicht nötig zu haben glaubte? Inferior waren die Gegner, insbesondere Stalin, jedoch auf einem Gebiet nicht: in der Technik des Machtkampfes. An Mut hat es Trotzki keinesfalls gefehlt. Seine Haltung in den Revolutions- und Bürgerkriegsjahren bürgt dafür. Stalin war auch in den entscheidenden Jahren 1924 bis 1927 noch nicht so gefürchtet wie nach den großen Säuberungen. Trotzki scheint die Macht nicht gewollt zu haben. Er kämpfte auch, nachdem er aus der Sowjetunion ausgewiesen war, vom mexikanischen Exil aus nur mit geistigen Waffen, mit der Feder, gegen Stalin. Dieser schlug zurück wie er es als Machtmensch verstand: Mit brutaler Gewalt.

Nachdem er sich im Vollbesitz der Macht wußte (XVII. Parteitag der Sieger 1934), wandte sich Stalin gegen die im Lande befindlichen Angehörigen des Blocks von 1926. Im Zentrum der drei gegen führende

Bolschewiken gerichteten, die Ausschaltung aller potentiellen Gegner bezweckenden, Moskauer Prozesse standen Beschuldigungen gegen den nicht anwesenden Trotzki:

„Hauptinspirator und Hauptorganisator dieser ganzen Bande von Mördern und Spionen war der Judas Trotzki“ ¹³⁾.

Aus den Moskauer Geständnissen ergab sich weiter, daß die Trotzkiisten einen Angriff Deutschlands und Japans auf die Sowjetunion hervorzurufen versucht hatten. Radek gestand, daß ihm Trotzki insgeheim brieflich vorgeschlagen habe, den Kapitalismus wiedereinzuführen und Rußland dem Mikado und Hitler auszuliefern. Ein deutscher Kommunist, Fritz David, sagte im Sinowjew-Kamenjew-Prozeß aus, er habe von Trotzki den Auftrag erhalten, Stalin zu ermorden. — Nichts von alledem traf zu, aber: was den Trotzkiisten vorgeworfen worden war, einen Pakt mit Hitler vorbereitet zu haben, Stalin tat es. Er schloß den Pakt mit Hitler ab. Und die Mordpläne? Stalin, der Schakal im Kreml, wie ihn Trotzki nach dem Hitlerpakt nannte, war es, der sie ausführen ließ:

Am 20. August 1940 wurde Leo Trotzki in Mexiko von Jascon-Mornard, einem Agenten des NKWD, ermordet.

In seinem unvollendet gebliebenen Werk, der Stalin-Biographie ¹⁴⁾, hatte Trotzki noch gesagt:

„Mehr als zehn Jahre vor den berüchtigten Moskauer Prozessen hatte er (Stalin) Kamenjew und Dzerschinski an einem Sommerabend in den Ferien, bei einer Flasche Wein, anvertraut, daß es seine höchste Freude im Leben wäre, einen Feind auszuwählen, alles sorgfältig vorzubereiten, um unbarmherzige Rache zu üben und dann schlafen zu gehen.“

Die Permanente Revolution und der Trotzismus

Trotzkis Werdegang als Revolutionär und Politiker brachte es mit sich, daß er sich mehr mit Polemik und der Darstellung von Zeitereignissen zu befassen hatte als mit theoretischen Arbeiten. Die Anteilnahme Trotzkis am wechselnden revolutionären Geschehen erklärt auch, daß die Angriffe seiner Gegner auf den „Trotzkismus“ einen im Laufe der Jahre ganz verschiedenen Inhalt hatten.

Ein von Trotzki ausgesprochener Gedanke wird jedoch lebendig bleiben, solange man sich mit Marxismus sowjetischer Prägung befaßt: Die Theorie der Permanenten Revolution. Diese Theorie zog ihm heftige Angriffe seiner Gegner zu. Der letzte Angreifer war Stalin mit seiner „Leninschen“ Lehre vom „Sozialismus in einem Lande“. Den Kern der Theorie von der Permanenten Revolution hat Trotzki schon vor dem Oktober 1905 ausgesprochen. Ab November jenes Jahres verfocht er diese Lehre in der gemeinsam mit den Menschewiki herausgegebenen Zeitung „Natschalo“ („Anfang“), die er zum begehrtesten Blatt der damaligen Revolutionszeit zu machen verstand. Durch den Verlauf der Revolution von 1905 — Aufeinanderfolge von Bauernunruhen und Streiks bis zum gesamtrossischen Oktoberstreik — fand er seine Ansichten gerechtfertigt ¹⁵⁾. Nachdem Trotzki aus Sibirien entkommen war, setzte er von Wien aus in der „Prawda“ seine Argumentation fort. Er verstand jetzt seine Theorie dahin, daß der Weg zur Diktatur des Proletariats über eine bürgerlich-demokratische Revolution gehe. Beide seien miteinander durch eine Kette von revolutionären Ereignissen verbunden. Auf diese Weise entstehe eine Permanenz der revolutionären Entwicklung. Diesem ersten Aspekt fügte Trotzki später ¹⁶⁾ einen zweiten und dritten hinzu. Der zweite Aspekt betrifft die Periode nach Eroberung der Macht durch das Proletariat. Für diese Periode sagte Trotzki eine Umgestaltung aller sozialen Beziehungen in beständigen inneren Kämpfen voraus. Bürgerkriege und äußere Konflikte wechselten, so erklärte er, mit Revolutionen der Wirtschaft, der Technik, der Wissenschaft, der Sitten und Gebräuche ab. Auch darin bestehe der permanente

Charakter der sozialistischen Revolution ¹⁷⁾. Aus dem internationalen Charakter der sozialen Beziehungen, aus der internationalen Struktur der Weltwirtschaft, aus dem Weltmaßstab des Klassenkampfes ergebe sich der dritte, der internationale Aspekt seiner Theorie.

Trotzki sagte weiter, die sozialistische Revolution beginne auf nationalem Boden. Sie könne aber nicht auf diesem Boden vollendet werden. Die Aufrechterhaltung der proletarischen Revolution im nationalen Rahmen könne nur ein provisorischer Zustand sein, wenn auch, wie die Erfahrung der Sowjetunion zeige (so Trotzki im Jahre 1930), von langer Dauer. Bei einer isolierten proletarischen Diktatur wüchsen die inneren und äußeren Widersprüche unvermeidlich zusammen mit den wachsenden Erfolgen. Isoliert bleibend müsse der proletarische Staat schließlich ein Opfer dieser Widersprüche werden. Der Ausweg für ihn bestehe nur in dem Siege des Proletariats der fortgeschrittenen Länder. Eine nationale Revolution sei kein in sich selbst verankertes Ganzes, sie sei nur ein Glied einer internationalen Kette. Die internationale Revolution stelle trotz aller zeitlichen Auf- und Abstiege einen permanenten Prozeß dar. Äußerungen Trotzkis darüber, inwieweit seine Lehre auf Marx und Engels zurückgeht, sind nicht bekannt. Auch sagt Trotzki nichts darüber, inwieweit er auf Purvus Helphand fußt, der sich mit der Permanenz der Revolution gleichfalls befaßt hat ^{17a)}.

Schon im Kommunistischen Manifest (Abschnitt IV) war gesagt, daß die deutsche bürgerliche Revolution nur das unmittelbare Vorspiel einer proletarischen Revolution sein könne. Die zugkräftigste These des Manifests („Proletarier aller Länder, vereinigt Euch“) deutet den internationalen Aspekt bereits an. Ähnliche Hinweise finden sich z. B. in Karl Marx' Schrift „Die Klassenkämpfe in Frankreich (1848—1850)“ sowie in seinen „Allgemeinen Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation“, beide in: Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften (Berlin 1951, Band 1, Seite 106 f., Seite 360 f.). Daß die Lehre von der Permanenten Revolution klassisch-marxistisches Gedankengut ist, wird weiter durch

12) Vgl. S. Leonhard „Gestohlenes Leben“, Frankfurt, 1956, S. 766.

15) Vgl. „1905, Ergebnisse und Perspektiven“ in: Geschichte der russischen Revolution, S. 710.

16) Vgl. Die Permanente Revolution, Berlin, 1930, S. 27.

13) Kurzer Lehrgang der Geschichte der KPdSU, S. 396.

14) Kiepenheuer und Witsch, Köln, 1952, S. 481.

17) Vgl. Die Permanente Revolution, S. 28.

17a) Vgl. Trotzki, Mein Leben, S. 195.

folgendes Zitat aus der von Marx und Engels gemeinsam verfaßten „Aus-sprache der Zentralbehörde an den Bund“¹⁸⁾ dargetan:

„Während die demokratischen Kleinbürger die Revolution möglichst rasch und unter Durchführung höchstens der obigen Ansprüche zum Abschlusse bringen wollen, ist es unser Interesse und unsere Aufgabe, die Revolution *permanent* zu machen, solange, bis alle mehr oder weniger besitzenden Klassen von der Herrschaft verdrängt sind, die Staatsgewalt vom Proletariat erobert und die Assoziation der Proletarier nicht nur in einem Lande, sondern in allen herrschenden Ländern der ganzen Welt so weit vorgeschritten ist, daß die Konkurrenz der Proletarier in diesen Ländern aufgehört hat, und daß wenigstens die entscheidenden produktiven Kräfte in den Händen der Proletarier konzentriert sind.“

Von seinem seit 1905 verfochtenen Standpunkt aus hat Trotzki den Charakter der russischen Revolution vorausgesagt. Zur internationalen Frage schrieb er zwei Monate vor dem Oktober-Umsturz von 1917:

„Der Internationalismus ist für uns keine abstrakte Idee . . . , sondern ein direktes, leitendes, tiefpraktisches Prinzip. Der sichere entscheidende Sieg ist für uns ohne die europäische Revolution undenkbar. Die permanente Revolution gegen die permanente Schlächtere! Das ist der Kampf, bei dem es um das Schicksal der Menschheit geht.“¹⁹⁾

Auch Lenin läßt in der Formulierung der April-Thesen erkennen, daß sich seine Auffassung des Charakters der Revolution mit der Trotzki's (1. Aspekt) deckt. In der zweiten These²⁰⁾ sagt er:

„Die Eigenart der gegenwärtigen Lage in Rußland besteht im Übergang von der ersten Etappe der Revolution, die infolge des ungenügend entwickelten Klassenbewußtseins und der ungenügenden Organisiertheit des Proletariats der Bourgeoisie die Macht gab, zur zweiten Etappe der Revolution, die die Macht in die Hände des Proletariats und der ärmsten Schichten der Bauernschaft legen muß.“

Zur Internationalen Frage sagte er^{20a)} auf dem VI. Parteitag am 7. März 1918:

„Hier haben wir die größte Schwierigkeit der russischen Revolution, ihr größtes historisches Problem: die Notwendigkeit, die internationalen Aufgaben zu lösen, die Notwendigkeit, den Übergang zu vollziehen von unserer Revolution als einer eng nationalen zur Weltrevolution.“

Demgegenüber ließ Stalin im „Kurzen Lehrgang“ (S. 333) behaupten, daß die Theorie der permanenten Revolution nur zum Hohn auf den Marxismus eine marxistische Theorie haben genannt werden können.

Seine Vorstellung vom internationalen Charakter der Revolution gestattete es Trotzki, darauf hinzuweisen, daß der von Stalin eingeschlagene Weg des Sozialismus in einem Lande zu einem messianischen Nationalismus, zu einem bürokratisch-abstrakten Internationalismus und zur Liquidierung der Kommunistischen Internationale führe²¹⁾. Das war 1930, als der sowjetische Nationalismus noch in seinen Anfängen steckte, und immerhin dreizehn Jahre, bevor die in den großen Säuberungen de facto erledigte Komintern von Stalin auch formell aufgelöst wurde. Obwohl diese Beispiele zeigen, daß Trotzki tiefes Verständnis für die Probleme der sowjetischen Revolution und der Entwicklung in der Sowjetunion besaß, ist doch von den Bolschewisten in ihrem Bereich nichts schärfer bekämpft worden als der „Trotzkismus“.

Das Wort „Trotzkismus“ dürfte erstmalig im Jahre 1909 von einem liberalen Gegner, dem Professor Miljukow, gebraucht worden sein²²⁾, der 1917 Mitglied der Provisorischen Regierung wurde. Miljukow bezeichnete damals Trotzki's Voraussage „eines neuen Oktober“ als eine kindliche Idee, die niemand in Europa ernstlich unterstützen werde. Neben dem Liberalen Miljukow kritisierten aber vor 1917 auch die Menschewiki den „Trotzkismus“. Als solcher wurde von ihnen Trotzki's

Lehre aufgefaßt, daß der Weg zur Diktatur des Proletariats über die bürgerlich-demokratische Revolution gehe. Von 1917 bis 1923 war jedoch Trotzki als theoretisch und politisch gerechtfertigt anerkannt. „Jetzt ist in Ihrer Straße Feiertag“, sagte man ihm²³⁾.

Die schärfsten Angriffe auf den „Trotzkismus“ setzten ein, als Stalin nach Lenins Tode Trotzki ausschalten wollte und im Herbst 1924 mit der „Leninschen“ Theorie vom Sozialismus in einem Lande hervortrat. Zu Unrecht behauptete Stalin²⁴⁾ oder er ließ es behaupten²⁵⁾, daß diese Theorie von Lenin stamme. Lenin hat wiederholt die Notwendigkeit von der nationalen zur Weltrevolution überzugehen, offen ausgesprochen. Auf seiner bei Gelegenheit des VII. Parteitages gehaltenen Rede über „Krieg und Frieden“ hat er z. B. gesagt: „Das größte historische Problem der russischen Revolution sei es, ‚von unserer Revolution als einer eng nationalen zur Weltrevolution‘ überzugehen“²⁶⁾.

Die Theorie von Sozialismus in einem Lande ist von Stalin erst im Herbst 1924, also acht Monate nach Lenins Tod, offenbar deshalb aufgestellt worden, weil er nach der Niederlage der Revolution in Deutschland vom Jahre 1923 eine ideologische Begründung für das Weiterbestehen des „Sozialismus“ in der Sowjetunion suchte. Die Angriffe Stalins auf Trotzki's Lehre erledigen sich schon dadurch, daß dieser revolutionäre sozialistische Umwälzungen in der ganzen Welt²⁷⁾ im Marxschen Sinne anstrebte, während Stalin auf einen hochbürokratisierten Staatskapitalismus zusteuerte. Im Grunde kam es Stalin auch nicht auf eine echte ideologische Auseinandersetzung an. Er erstrebte die Vernichtung seines größten Feindes. Durch die Säuberungsprozesse versuchte er, Trotzki moralisch zu erledigen. 1940 ließ er ihn physisch aus der Welt schaffen.

Wie steht es nun mit der Richtigkeit der Lehre von der Permanenten Revolution? Trotzki hat zweifellos richtig beobachtet, wenn er unter den konkreten Bedingungen des zaristischen Rußlands voraussah, daß der Weg zur proletarischen Revolution über die bürgerlich-demokratische Erhebung führen werde. Doch das galt für die russischen Verhältnisse. Der Ablauf der revolutionären Ereignisse des Jahres 1917 ist ein Beispiel für die aus der Beobachtung verschiedener Revolutionen herzu- leitende Regel: Wenn eine revolutionäre Situation besteht, gehen die revoltierenden Massen leicht über das ihnen vorschwebende oder ihnen von ihrer Führung vorgehaltene Ziel hinaus. Teils setzen dabei gutorganisierte Berufsrevolutionäre ihre Ziele durch (wie in der Oktoberrevolution von 1917), teils aber gehen die führerlosen Massen von einer Forderung zu anderen über. So standen im Mittelpunkt der führerlosen Volkserhebung der Sowjetzone vom 17. Juni 1953 zunächst gewerkschaftliche Forderungen, dann der Kampf gegen den Staatssicherheitsdienst und schließlich der Umsturz des Regimes. Sehr bemerkenswert ist, daß die Entwicklung in Ungarn vom Herbst 1956 umgekehrt als z. B. in der russischen Oktober-Revolution von 1917 verlief. Vom revolutionären Sturz des volksdemokratischen Regimes sowjetischer Prägung wurde zum Nationalkommunismus und — revolutionär weiter-schreitend — zu einer noch nicht klar erkennbaren aber möglicherweise sozialistischen Staatsform mit starken Elementen der Demokratie westlicher Prägung übergegangen.

Die für uns besonders bedeutsame Seite der Lehre der Permanenten Revolution ist ihr internationaler Aspekt, ist die Meinung, daß der Ausweg für die isolierte proletarische Revolution nur in dem Siege des Proletariats der fortgeschrittenen Länder bestehe. Trotzki als Anhänger der orthodoxen Lehre von Marx erwartet den Sieg des Proletariats gerade in den fortgeschrittenen, d. h. hochindustrialisierten Ländern. Seine Erwartung gründet sich auf die Marxsche Konzentrationslehre, nach der mit einer Konzentration des Kapitals auf der einen, die Konzentration von Elend auf der anderen Seite verbunden ist, so daß schließlich einer geringen Anzahl von Kapitalisten die ungeheure Masse der verelendeten Proletarier gegenübersteht²⁸⁾.

23) Vgl. Mein Leben, S. 318.

24) Z. B. Fragen des Leninismus, Berlin, 1951, S. 113.

25) Vgl. Kurzer Lehrgang, S. 432.

26) Vgl. Ausgewählte Werke, Bd. II, S. 335.

27) Weltrevolution, vgl. das 1922 geschriebene Vorwort zu seinem Buch „Das Jahr 1905“.

28) Vgl. auch Fr. Engels, „Das Kapital von Marx“, Ausgewählte Schriften, Bd. I, S. 436.

18) Ausgewählte Schriften a.a.O., S. 97, Sperrungen vom Verfasser.

19) Vgl. Trotzki, Mein Leben, S. 319.

20) Vgl. W. I. Lenin, Ausgewählte Werke, Berlin, 1952, Bd. II, S. 8.

20a) a.a.O., S. 335.

21) Vgl. Permanente Revolution, S. 12.

22) Vgl. Trotzki, Mein Leben, S. 213.

„Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt, die Expropriateure werden expropriert“, sagt Marx in der Mitte des vorigen Jahrhunderts voraus²⁹⁾. Im Hinblick auf die konkrete historische Situation der damaligen Zeit hielten Marx und Engels es für möglich, daß die russische Revolution das Signal einer proletarischen Revolution im Westen werde³⁰⁾.

In den Jahrzehnten, die seither vergangen sind, hat sich gezeigt, daß Marx' Konzentrationslehre, der wichtigste theoretische Gedanke seiner Ökonomie, nicht zutrifft. Die wirtschaftliche Entwicklung gerade in den hochindustrialisierten Ländern, die zu einer Kapitalkonzentration im Marxschen Sinne und damit zu revolutionären Situationen mit naturgesetzlicher Notwendigkeit hätte führen müssen, hat ergeben, daß zwar eine gewisse Konzentration des Kapitals eingetreten ist, daß Großbetriebe, Konzerne entstanden sind, daß aber zugleich Tausende von Mittel- und Handwerksbetrieben notwendig wurden, die Verteilung, Ausbesserung und Aufbewahrung der Güter übernahmen. Es ergab sich weiter, daß die Konzentration keine totale ist, da sich der Großbetrieb für gewisse Gewerbeformen nicht eignet (z. B. Ausbesserungsgewerbe, Treibstoffverteilung, Wirtschaft in verkehrsarmen Gebieten).

Auch die von Marx erwartete Konzentration von Elend (Verelendungstheorie) ist nicht eingetreten. Im Gegenteil, dem Aufkommen von Klein- und Mittelbetrieben entspricht, daß sich die Stellung der Arbeiterschaft im Wirtschaftsleben völlig verändert hat. Die Gewerkschaften sind Machtfaktoren erster Ordnung geworden. Die Lebenshaltung des einzelnen Arbeiters hat gerade in den hochindustrialisierten Ländern einen unerhörten Aufschwung genommen. Wer Ausbeutung sucht,

kann sie weit eher im „Vaterland der Werktätigen“ antreffen als in den Großbetrieben der kapitalistischen Länder, die im Zeichen der 40-Stunden-Woche stehen. Damit stimmt überein, daß es zur Übernahme der Macht durch das Proletariat nicht in „fortgeschrittenen“ Ländern auf Grund von ökonomischen Entwicklungen gekommen ist, sondern daß die „Diktatur der Funktionäre“ sowjetischer Prägung — um eine Diktatur des Proletariats handelt es sich auch in der Sowjetunion längst nicht mehr — ohne Rücksicht auf den wirtschaftlichen Entwicklungszustand der betroffenen Länder und den Willen der Völker erst errichtet werden konnte, nachdem die Rote Armee derartige Länder besetzt hatte. Hinzu kommt, daß der Hinweis Trotzki auf die internationale Verflechtung der Weltwirtschaft, auf die Weltentwicklung der Produktivkräfte, nicht ausreicht, um zu begründen, daß sich eine national begonnene sozialistische Revolution im Weltmaßstabe fortsetzen müsse. Mit dem internationalen Charakter der Weltwirtschaft dürfte nur zu belegen sein, daß eine nationale Wirtschaft, sei sie sozialistisch oder kapitalistisch, ohne Rücksicht auf die internationalen Verflechtungen nicht existieren, nicht autark sein kann. Richtig ist, daß eine proletarische, eine sozialistische Revolution internationale Aspekte haben kann. Sie hat sie aber nur, wenn in anderen Ländern gleichfalls eine revolutionäre Situation besteht.

Ist hiernach die Voraussetzung, auf der Trotzki gebaut hatte, — das Entstehen revolutionärer Situationen gerade in den fortgeschrittenen Ländern — als unrichtig erkannt, dann kann seine Theorie der Permanenten Revolution heute nur ebenso beurteilt werden, wie das Marx'sche Konzentrationsgesetz.

Ist Trotzki rehabilitiert?

Im Zusammenhang mit Chruschtschows Geheimrede hat das Präsidium des ZK der KPdSU einige Dokumente an die Delegierten des XX. Parteitag zum ausschließlichen Gebrauch in den Parteiorganisationen verteilt. In diesen Dokumenten erscheint Trotzki's Name mehrfach³¹⁾. So wird Trotzki in den dazugehörigen Notizen Lenins vom 24. Dezember 1922 als der vermutlich fähigste Mann im Zentralkomitee bezeichnet. In den die Gosplan-Kommission betreffenden Notizen vom 27. Dezember 1922 wird gesagt, daß die Mitwirkung des Genossen Trotzki sichergestellt werden solle. Ein Brief Trotzki selbst vom 16. April 1923 wird wiedergegeben. Ein Brief Lenins an Trotzki vom 5. März 1923 zeigt, daß er von Lenin gebeten worden ist, einen gemeinsamen Standpunkt im Zentralkomitee zu vertreten. Am gleichen 5. März 1923 hatte Lenin, was aus dem in Chruschtschows Geheimrede zitierten Brief hervorgeht, den Abbruch seiner Beziehungen zu Stalin erwogen. In der gleichen Rede sagte Chruschtschow:

„Heute, nachdem genügend Zeit verstrichen ist, können wir vollkommen ruhig über den Kampf gegen die Trotzkiisten sprechen und die Angelegenheit mit hinreichender Objektivität analysieren. In der Umgebung Trotzki's waren Menschen, die man beim besten Willen nicht der bürgerlichen Gesellschaft zurechnen konnte. Ein Teil von ihnen gehörte zur Parteiintelligenz, ein anderer Teil kam aus der Arbeiterschaft. Wir könnten einige nennen, die sich damals den Trotzkiisten anschlossen — Leute, die einen aktiven Anteil an der Arbeiterbewegung vor der Revolution, während der sozialistischen Oktober-Revolution selbst und auch bei der Festigung des Sieges nach dieser größten aller Revolutionen gehabt haben. Viele von ihnen brachen mit dem Trotzkiismus und kehrten zum Leninismus zurück. War es nötig, solche Menschen zu vernichten? Wir sind fest davon überzeugt, daß gegen viele von ihnen, wenn Lenin gelebt hätte, nicht solche extremen Methoden angewandt worden wären.“

Soll aus dieser Art, den Namen Trotzki zu verwenden, darauf geschlossen werden, daß Trotzki rehabilitiert sei oder daß seine Rehabilitierung bevorstehe?³²⁾ Soll aus der Wiedergabe der die nationale Frage

betreffenden Notizen vom 30. Dezember 1922, in denen Lenin sich gegen das Wüten der Großrussen, der Chauvinisten, der typischen russischen Bürokraten wendet, entnommen werden, daß der Internationalismus Trotzki's wieder zu Ehren komme? Bedeutet das eine Rückkehr zum „reinen“ Weltrevolutionsgedanken Trotzki's³³⁾, zum dritten Aspekt der Theorie von der Permanenten Revolution? Lassen sich derartige Gedankengänge mit dem Hinweis darauf begründen, daß in den offen auf dem XX. Parteitag gehaltenen Reden bei Erörterung der besonderen nationalen Wege zum Sozialismus je nach der Lage auch die Anwendung von Gewalt für gerechtfertigt erklärt worden ist?

Es ist richtig, daß jetzt eine gegenüber der Stalinschen Hetze ruhigere Beurteilung Trotzki's zu beobachten ist. Dennoch sind keine Anzeichen dafür erkennbar, daß die Rehabilitierung Trotzki's bevorsteht. Durch die Verteilung der erwähnten Dokumente an die Delegierten sollte Stalin getroffen werden. Daß in ihnen Trotzki mehrfach im günstigen Sinne erwähnt wird, ist offenbar als dabei unvermeidlich in Kauf genommen worden. Gleichzeitig ist aber schon in Chruschtschows Geheimrede mit einer jeden Zweifel ausschließenden Deutlichkeit gebilligt worden, daß Stalin nach Lenins Tod „für den Leninismus, gegen die Gegner der leninistischen Theorie und gegen die, die von ihr abwichen“, gekämpft hat. Stalins Kampf gegen Trotzkiisten und Sinowjewisten ist ausdrücklich „unerlässlich“ genannt. Dem entspricht es, daß in dem „Sprachregelungsbeschluß“ der KPdSU vom 30. Juni 1956³⁴⁾ ausdrücklich gesagt ist:

„Nach dem Tode Lenins wurden die feindlichen Strömungen in der Partei aktiver — Trotzkiisten, Rechtsopportunisten und die bürgerlichen Nationalisten, die für den Verzicht auf die Leninsche Theorie von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande eintraten, was in Wirklichkeit zur Wiederherstellung des Kapitalismus in der UdSSR geführt hätte. Die Partei entfaltete einen erbarmungslosen Kampf gegen diese Feinde des Leninismus.“

Die Lehre vom Sozialismus in einem Lande wird also auch in diesem Beschluß noch ausdrücklich als „Leninsche Theorie“ — und damit als tabu — bezeichnet.

29) Kap. 24 von Bd. I des „Kapitals“.

30) Vgl. die 1882 geschriebene Vorrede zur 2. russischen Übersetzung des Manifests der Kommunistischen Partei, Berlin, 1949, S. XXVI.

31) Vgl. Ostprobleme, Nr. 28, vom 13. 7. 1956, S. 963 ff.

32) Vgl. „Der Antikommunist“, Nr. 7, September 1956, S. 29.

33) a.a.O., S. 31.

34) Vgl. Ostprobleme, Nr. 28, vom 13. 7. 1956, S. 958.

Der XX. Parteitag hat ferner zwar die Möglichkeit besonderer nationaler Wege zum Sozialismus eingeräumt. Er hat dies jedoch nicht etwa in Wiederbelebung des Trotzki'schen Internationalismus getan, sondern um der im Grunde seit dem VII. Weltkongreß der Komintern (1935) eingeleiteten Offensive („Volksfront“, „Aktionseinheit“) neuen Anklang bei den westlichen Sozialisten zu verschaffen.

Einzelne Bolschewiken, die früher Anhänger von Trotzki waren (z. B. Antonow-Owsejenko), sind bisher nur rehabilitiert worden, wenn sie sich schon bald von Trotzki abgewandt hatten und als treue Diener

Stalins schließlich doch noch Opfer der Säuberungen geworden waren³⁵).

Der Grund für die Haltung der jetzt herrschenden Funktionäre gegenüber Trotzki dürfte der sein: Sie haben sich als getreue Parteigänger Stalins, die sie alle waren, sämtlich derart an der Bekämpfung Trotzki's und seiner Anhänger beteiligt, daß eine Rehabilitierung Trotzki's und seiner Anhänger ihre eigene Stellung untergraben müßte. Die schlechten Erfahrungen, die Chruschtschow und das Zentralkomitee in dieser Hinsicht mit der Entstalinisierung gemacht haben, dürften sie von weiteren Schritten dieser Art abhalten.

Würdigung

Trotzki's Lehre der Permanenten Revolution trägt, wenn auch ihr „internationaler Aspekt“ von unrichtigen Voraussetzungen ausgeht, heute noch zum Verständnis revolutionärer Vorgänge bei. Seine Kritik an Stalins Theorien und an dessen Herrschaft hat zwar infolge der nach Trotzki's Tode eingetretenen historischen Ereignisse etwas an politischer Aktualität verloren, doch bestehen schwerwiegende von Trotzki gezeigte Mängel (Herrschaft der Bürokraten) auch heute noch fort. Sein Kampf gegen Stalin hat Trotzki nicht abgehalten, die Sowjetunion als den Staat der Werktätigen zu betrachten und für sie einzutreten. Daran hielt er auch nach Abschluß des Stalin-Hitler-Paktes und nach dem sowjetischen Überfall auf Finnland fest³⁶). Nahm er diese Haltung ein, weil er nach dem von ihm erhofften Sturz Stalins selbst an die Macht zu kommen erwartete? Waren ihm die Gedankengänge des klassischen Marxismus so zum Glauben geworden, daß er den wahren Charakter des „Vaterlandes der Werktätigen“ nicht erkannte? Sein eigener Anteil an den Anfängen dieser Entwicklung war so groß, daß es für ihn ungeheuer schwer war einzugestehen, wozu seine revolutionäre Aktivität beigetragen hatte. Möglicherweise hat auch das ihm von Stalin bereitere frühe Ende sein inneres Ringen um Klarheit nicht zum Abschluß kommen lassen. Trotzki war der Sache des Sozialismus so

ergeben, daß, so urteilt Alexandra Lwowna, seine erste Frau, nichts, nicht einmal ein schmachvoller Tod, ihn davon hätte abbringen können, seine Pflicht gegenüber der Revolution zu erfüllen. Das hat er auch in seiner Geschichtsschreibung gezeigt.

Die Veröffentlichung von Chruschtschows bei Gelegenheit des XX. Parteitages gehaltener Geheimrede und der sonstigen aus diesem Anlaß bekanntgewordenen Dokumente hat vieles von dem bestätigt, was Trotzki schon frühzeitig mitgeteilt hat³⁷). Trotzki's Geschichtsschreibung ist nach Inhalt und Form von größtem Wert. Sie setzte er in seinen letzten Lebensjahren trotz der ihn tief aufwühlenden Moskauer Prozesse gegen die alten Bolschewiken, trotz der dort gegen ihn erhobenen Beschuldigungen, trotz des Kesseltreibens des sadistischen Stalin gegen Trotzki's Kinder, seine Verwandten und Mitarbeiter, trotz wiederholter Attentatsversuche auf ihn selbst, ständig an sich arbeitend und sich verbessernd, fort. Mit ihr hat er der freien Welt einen unschätzbaren Dienst geleistet, indem er den Schlüssel zur Erkenntnis der Persönlichkeit Stalins und wertvolle Beiträge zur Beurteilung des sowjetischen Kommunismus sowie des Wesens von Revolutionen lieferte. Als großer Revolutionär und als brillanter Schilderer epochemachender Ereignisse wird er seinen Platz in der Geschichte einnehmen.

35) Antonow-Owsejenko vgl. SBZ-Archiv, Nr. 10, vom 25. 5. 1956, S. 154.

37) Z. B. Lenins Brief an Stalin vom 5. März 1923, der den Abbruch der persönlichen Beziehungen betraf.

36) Vgl. Steinberg, *Verdict of Three Decades*, New York, 1950, S. 316.

OTTO HEINRICH von der GABLENTZ

Notwendigkeit und Grenzen der Koexistenz

Das Wort Koexistenz ist eine abstrakte Umschreibung für eine sehr konkrete historische Erscheinung. Es bezeichnet ein friedliches Nebeneinanderleben verschiedener politischer Systeme. Aber es ist geprägt worden für eine ganz bestimmte Situation von zwei ganz bestimmten Systemen, für das Verhältnis des kommunistischen und des sogenannten „westlichen“ Systems in dem Augenblick, als der Kalte Krieg beiden Parteien zu gefährlich und kostspielig erscheint. Es liegt nahe, in solch einer Umschreibung nichts anderes zu sehen als eine Tarnung, als den taktischen Versuch, die Spannung harmloser erscheinen zu lassen, wenn man sie nicht als das Verhältnis zwischen Rußland und Amerika bezeichnet, sondern als Spezialfall eines allgemeinen Begriffes subsumiert. Man kann über Koexistenz diskutieren, wenn man den harten Tatsachen Rüstung und Besatzung, Spionage und Zuchthaus ausweichen will. Aber wenn man sich mit diesem negativen Urteil begnügen wollte, verfielen man in den verhängnisvollen Aberglauben der vulgären Theorie von der „Realpolitik“, die den Unterschied zwischen den verschiedenen Formen des Machtkampfes nicht sehen will. Es ist die These dieses Vortrages, daß politische Spannungen ein anderes Aussehen gewinnen, daß neue Möglichkeiten der Lösung auftauchen, wenn man die Gelegenheit hat, sie von verschiedenen Seiten zu betrachten, und daß unter diesem Gesichtspunkt der Begriff Koexistenz jedenfalls fragwürdig ist.

Was ist mit Koexistenz im Zeitpunkt des Kalten Krieges gemeint? Es ist die Vorstellung, die beiden politischen Systeme könnten nebeneinander existieren ohne ständige Sorge vor gewaltsamen Angriffen in den Formen des Krieges, des Bürgerkrieges, des Putsches, ohne die Sorge davor, daß der Gegner jede Gelegenheit benutzen würde, die Sicherheit des anderen Systems zu untergraben. Das würde also einschließen, daß jede Seite der anderen zubilligte, in ihrem Bereich nach ihrer Weise zu existieren.

Damit ist das eigentliche Problem gestellt: seit es Staaten gibt, koexistieren sie, leben sie mehr oder weniger friedlich unter gegenseitiger Anerkennung nebeneinander. Es ist ein Ausnahmefall, wenn diese Anerkennung absolut ist, wenn keinerlei Anspruch auf irgendwelche Gebiete des anderen erhoben wird, wenn keinerlei Wunsch besteht, an der Verfassung oder der Wirtschaftsordnung des anderen etwas im eigenen Interesse zu ändern. Aber es ist erst recht ein Ausnahmefall, wenn die ganze Existenz des anderen als Unrecht und als Bedrohung betrachtet wird.

Mit diesem Fall aber haben wir es heute zu tun. Koexistenz wäre also nicht Feststellung des Normalfalles, sondern Wiederherstellung der Normalsituation. Fragt man nach ihrer Möglichkeit, dann muß man fragen, was sie bisher unmöglich gemacht hat, was das russisch-amerikanische Verhältnis von den üblichen internationalen Spannungen unterscheidet. Jede Herrschaft ist koexistenzfähig, wenn sie grundsätzlich eine Beschränkung anerkennt; denn dann bleibt ein Raum für andere. Hier

aber handelt es sich — mindestens in den Vorstellungen der beiden Partner — um eine Herrschaft ohne Beschränkung. Jeder wirft dem anderen vor, er strebe nach der Weltherrschaft. Jeder muß daher, wenn nicht selbst nach der Weltherrschaft, so mindestens nach einem Weltbund zur Eindämmung des anderen streben.

Dabei stoßen zusammen nicht nur zwei Weltreiche, sondern zwei diametral verschiedene Gesellschaftssysteme. Amerika und Rußland bestreiten einander nicht nur den Raum der Herrschaft, sondern auch das Recht auf ihre Art, die Herrschaft auszuüben. Von Rußland aus gesehen ist das System Amerikas die Unterdrückung der Massen, vor allem der Arbeiter- und Bauernklasse, in deren Befreiung man den Sinn der Revolution von 1917, in deren Herrschaft man den Hauptinhalt der eigenen Staatsverfassung sieht. Von Amerika aus gesehen ist das russische System die Unterdrückung der menschlichen Freiheit, um derentwillen man 1776 die Unabhängigkeit erkämpft zu haben meint, deren Sicherung den Hauptinhalt der eigenen Staatsverfassung bildet. Die Ordnung des anderen erscheint nicht nur als fremd, sondern als feindlich, nicht nur als falsch, sondern schlechthin als böse. Gut und böse aber sind keine politischen Kategorien mehr, auch keine ethischen; denn es geht nicht nur um das richtige Handeln, sondern um das Heil der Welt. Alfred Weber hat völlig recht, wenn er vom Gegensatz der „Sozialreligionen“ spricht.

Damit haben wir die Ausgangslage umrissen: Der Kampf zweier Weltmächte um die Erdherrschaft und der Kampf zweier Religionen um die Geltung in der ganzen Menschheit soll zum Stillstand gebracht werden in der Koexistenz. Soweit diese Gegensätze absolut sind, scheint die Koexistenz ausgeschlossen, scheint es unmöglich, die Weltmächte und die Sozialreligionen auf jenes Normalverhältnis herunterzuintegrieren. Also haben wir zu untersuchen, ob der Gegensatz wirklich diesen absoluten Charakter hat. Dazu soll uns erst einmal ein geschichtlicher Umweg dienen. Haben wir ähnliche absolute Gegensätze im Kampf um die Weltherrschaft schon gehabt und haben sie sich in Koexistenz beschränken können? Dann ist die Ausschließlichkeit der gegenwärtigen Gegensätze zu untersuchen. Gibt es neben den beiden Weltmächten dritte Mächte, die auf dem Kampfplatz ernst zu nehmen sind? Gibt es dritte Sozialreligionen, die eine Zwischenzone einnehmen können? Am wichtigsten ist dann die Frage nach der inneren Struktur der Mächte und der Sozialreligionen. Sind sie monolithisch, wie sie selber behaupten, wie sie sich der Weltmeinung präsentieren? Oder gibt es Komplikationen der sozialen Struktur, in denen die Bedingungen für einen Ausgleich der Interessen, Erweichungen der weltanschaulichen Gegensätze, in denen die Bedingungen für einen Ausgleich im geistigen Kampf liegen könnten? Und schließlich: sind die sachlichen und historischen Voraussetzungen im gegenwärtigen Stadium noch dieselben, unter denen sich die Fronten gebildet haben?

Historische Parallelen

Wenn wir nach historischen Parallelen fragen, dann drängt sich zunächst die Frage auf, ob es nicht etwas viel Stärkeres gibt, als bloße Parallelen, ob es sich nicht in den heutigen Weltgegensätzen nur um eine neue Phase in dem ständigen Ringen zwischen Ost und West handelt. Dann erscheinen die Perserkriege der Griechen, die Kämpfe zwischen Römern und Parthern, Byzantinern und Sassaniden, die Eroberungen der Khalifen, die Kreuzzüge und die Türkenkriege, aber auch die Einbrüche der Hunnen und Ungarn und Mongolen eine Einheit zu bilden, die sich fortsetzt im Vorstoß des Bolschewismus nach Mittel- und Westeuropa. Dann beschwört man den heiligen Ulrich auf dem Lechfeld im Namen des christlichen Abendlandes, spanische Fanatiker predigen auf deutschem Boden den Kreuzzug der Konquistadoren gegen das Neuhententum, und die Restbestände der Kolonialherrschaft werden verteidigt mit Kiplings Wort „*East is east and West is West, and never the twain shall meet*“.

Diese Vorstellung enthält eine fürchterliche Konfusion von Teilwahrheiten. Richtig ist, daß sich in Europa in der Symbiose von griechischer Philosophie und römischen Rechtsgefühl, von christlichem Glauben und germanischem Individualismus jene Einheit von politischer Freiheit und nationaler Geistigkeit entwickelt hat, die im ständigen Kampf gegen ihre östlichen Nachbarn — denn andere Grenzen hatten sie nicht — sich behauptet und in der Gegenoffensive seit dem 16. Jahrhundert kraft ihrer technischen Überlegenheit alle anderen Kulturen überwunden hat. Aber es ist zunächst falsch, dieser westlichen europäisch-amerikanischen Kultur „den Osten“ als Einheit gegenüberzustellen. Das einzig gemeinsame zwischen Ostasien und dem Islam war, daß sie nicht westlich waren. Den Indern und den Mongolen erschien der Islam räumlich und geistig schon als ein Stück Westen. Und vollends das christliche Rußland galt von Peter dem Großen bis zu Nikolaus II. als eine westliche Macht — und für die Türken und Chinesen und Japaner war es das auch. Höchstens die unterdrückten Polen und Balten wußten davon zu berichten, daß die geistigen und sozialen Gegensätze zu Rußland ungleich stärker waren als die üblichen Spannungen zwischen den westlichen Völkern römischer Tradition, und die in den russischen Staat aufgenommenen Moslem und Mongolen erlebten eine andere Affinität und Assimilationsbereitschaft als die Untertanen westeuropäischer Kolonien. Aber damit wurde Rußland nicht zum „Osten“. Und gar der Bolschewismus erwies sich als eine Durchdringung Rußlands mit westlichem Rationalismus und westlicher Technik, und die asiatischen Völker werden künstlich in eine antieuropäische Einheitsfront mit dem Kommunismus hineingepreßt, wenn man die Russen mit den Augen Kiplings und die Inder mit den Augen des Antikommunismus sieht.

Als Beispiel für die Koexistenz von Weltmächten wird häufig das Verhältnis von Rom und Byzanz zu den Parthern und Sassaniden bezeichnet. 700 Jahre lang hat die Grenze der beiden Reiche am oberen Euphrat gelegen. Zwar hat in dieser Zeit, von kurzen Waffenstillständen abgesehen, meist Kriegszustand geherrscht. Aber wenn die Römer einmal Mesopotamien oder die Orientalen Syrien besetzt hatten, trat sehr schnell der Rückschlag ein. Die politische Grenze verschob sich nur vorübergehend, die kulturelle überhaupt nicht. Als zu Lebzeiten Muhameds die Perser bis nach Ägypten vordrangen und im Gegenstoß Kaiser Heraklins ihre Hauptstadt Ktesiphon am Tigris zerstörte, wurden die Heere beider Reiche so geschwächt, daß der Islam wenige Jahre später die strittigen Gebiete an sich riß. Zu einem bewußten Ausgleich ist es nur gelegentlich gekommen. Abgesehen von einem breiten umkämpften Grenzstreifen, waren die geographischen und sozialen Bedingungen so verschieden, daß sich Römer in Mesopotamien und Perser in Syrien nicht halten konnten. Beide Reiche waren im Inneren und an den anderen Grenzen so beschäftigt, daß sie zu umfassender Expansion in diesem Gebiet nicht fähig waren. Die religiösen Unterschiede führten nirgends zu einer politisch unterstützten Mission. Beide Reiche blieben mit ihrer Hauptmacht daher an einer militärisch leicht zu haltenden Demarkationslinie stehen und beschränkten sich auf ein Minimum von Beziehungen.

Sehr viel näher liegt der Vergleich mit dem Verhältnis zwischen Christentum und Islam. Hier ging der Kampf um Kerngebiete, wenigstens des einen, des christlichen, Systems. Hier standen sich zwei expansive, missionierende Religionen gegenüber, verwandt genug, um sich intolerant zu verdrängen. Hier ging es um die Weltherrschaft für den eigenen Glauben, zuerst im heiligen Krieg des Islam, dann in den Kreuzzügen von christlicher Seite. Aber gerade hier finden wir viel mehr Koexistenz, als man erwartet. Der Islam läßt das Christentum bestehen; allerdings werden die Christen Staatsbürger zweiten Ranges und Übertritte lohnen sich, wenn sie zur Aufnahme in die Führungsschicht verhelfen. Das Christentum greift zur Zwangsbekehrung und Vertreibung nur in dem zeitlich späten und räumlich peripheren Falle Spaniens. Eine Demarkationslinie hält sich vom 8. bis 12. Jahrhundert zwischen Syrien und Kleinasien, später zwischen dem türkischen und den habsburgischen Teil Ungarns. Wenn man von den großen überraschenden Vorstößen der Araber im 7. und 8. und der Türken im 14. Jahrhundert absieht, gibt es immer etwas wie ein Staatensystem, in das christliche und islamische Staaten eingeschlossen sind. Die Kreuzfahrer verteidigten das fatimidische Ägypten gegen die Kurden. Franz I. verbündet sich mit dem osmanischen Sultan gegen Karl V. Ein Bewußtsein menschlicher, geistiger Zusammengehörigkeit kommt gerade auf den Höhepunkt der Kreuzzüge auf, wenn Wolfram v. Eschenbach Parzival sich mit seinem dunklen Bruder Feirefiz versöhnen läßt, wenn ein deutsches Grafengeschlecht, die Isenburgs, ihren Söhnen den Namen Saladin gibt. Zu einem wirklichen Ausgleich kommt es allerdings nur, wenn der Glaubensgegensatz gleichgültig wird; episodenhaft unter dem skeptischen Kaiser Friedrich II., endgültig im 19. Jahrhundert, für das die Türkei ein legitimer Staat neben anderen wird. Gleichgültigkeit bringt zustande, was Toleranz nicht erreichen konnte.

Noch näher kommen wir der heutigen Situation, wenn wir die europäischen Religionskriege betrachten. Der Augsburger Religionsfriede von 1555 setzte mit der Regel *cujus regio, ejus religio* eine Demarkationslinie fest. Ähnlich verfuhr auch das Edikt von Nantes, oder der böhmische Majestätsbrief, nur daß sie die Rechte nicht regional, sondern ständisch verteilte. Damit war aber keine Lösung auf die Dauer gefunden. Religiös nicht, denn beide Konfessionen mußten ihren Grundsätzen nach missionieren. Politisch nicht, denn der Gegner saß ja im eigenen Lande. Die deutschen Katholiken riefen die Spanier, die französischen Protestanten die Deutschen, die deutschen Protestanten die Schweden zu Hilfe. Aber eben diese Verwirrung politischer und religiöser Beziehung führte die Glaubenskriege ad absurdum. Kardinal Richelieu unterstützte die deutschen Protestanten, nachdem er die Hugenotten in La Rochelle trotz englischer Unterstützung niedergeworfen hatte. Im Heere des katholischen Kaisers dienten deutsche Protestanten, in den späteren Jahren des Krieges offenbar ohne innerlich gehemmt zu sein und ohne in ihrem Glauben gekränkt zu werden. Zu gleicher Zeit aber gewährten die Holländer ihren katholischen Landsleuten Duldung, nicht nur in den Gebieten, die sie gegen Ende des Krieges den Spaniern abgewonnen hatten, sondern auch in den alten holländischen Provinzen selber. Toleranz und Gleichgültigkeit nebeneinander führten das Ende der absoluten Feindschaft herbei.

Die Gleichgültigen sind eine dritte Macht, die sich neben die Kämpfenden stellt, die sich zwischen sie schiebt. Die Toleranz aber deutet auf einen Wandel innerer Struktur. Sie hebt den Absolutheitsanspruch nicht auf. Aber sie macht seine Geltung abhängig von der inneren Anerkennung. Sie will nicht herrschen, wo sie nicht überzeugen kann. Sie tritt dem Feind nicht nur äußerlich entgegen. Sie „begegnet“ ihm, wie es Friedrich Heer in einer seiner bemerkenswerten Broschüren glücklich formuliert. Sie verwandelt die Feindschaft in Gegnerschaft. Sie erfährt das Gemeinsame und bewirkt damit eine übergreifende Beziehung. Indem sich das gegenseitige Verhältnis wandelt, wandelt sich die Struktur auf beiden Seiten. Hinter den Fronten werden die Menschen sichtbar, hinter Religionen, Nationen und Klassen die einzelnen Personen.

Die Weltkarte ist nicht mehr in zwei Farben zu malen

Nun können wir uns wieder der gegenwärtigen Situation zuwenden und prüfen, wie weit die Vorstellung vom ausschließlichen Gegensatz der zwei Mächte und Systeme den Realitäten entspricht. Beginnen wir von außen, dann muß die erste Frage heißen: teilt sich wirklich die Menschheit in diese zwei Parteien auf? In der politischen Diskussion geht hier der leidenschaftliche Streit um die Bandung-Mächte, um Neutralität und Neutralismus, dritte Kraft und Sicherheitsgürtel. Gibt es Neutralität, oder bedeutet sie praktisch Entscheidung für eine der beiden Parteien wie es heute immer wieder schroff John Foster Dulles behauptet? Eine wissenschaftliche Analyse muß umfassender sein und tiefer gehen. Sie muß zunächst untersuchen, unter welchen Bedingungen die Vorstellung entstanden ist, daß die ganze Menschheit in zwei Lager zerfiele. Diese Vorstellung hat zwei Wurzeln. Die eine liegt im Marxismus-Leninismus. Für Marx zerfällt die Gesellschaft in die beiden Klassen Proletariat und Kapitalisten, zwischen denen die anderen Gruppen zerrieben werden. Lenin überträgt diese Vorstellung von Ausgebeuteten und Ausbeutern auf die Staatenwelt. Die kommunistischen Staaten übernehmen die Rolle des Proletariats, die anderen werden diffamiert als „Imperialisten“. Da der Kommunismus die Zukunft für sich hat, sind Neutrale willkommen, sie können ja den sicheren Sieg nur beschleunigen. Sie werden ideologisch wenigstens als progressiv der Front eingegliedert. „Wer nicht wider mich ist, ist für mich“.

Die andere Seite, die ja die Voraussetzung des absoluten Klassenkampfes leugnet, kann erst reaktiv zu der Vorstellung der zwei Fronten kommen. Sie fühlt sich in der Verteidigung. Wer sie nicht unterstützt, ist ein Verräter, er wird als fellow-traveller in die feindliche Front eingegliedert. „Wer nicht für mich ist, ist wider mich“. Das Bewußtsein der eigenen Einheit, der eigenen Sendung, fehlt. Aber es kann ergänzt werden aus der zweiten Wurzel. Auch dem Westen ist ja das Schema der zwei ausschließlichen Lager vertraut aus dem zweiten Weltkrieg, als man die Menschheit in Freie Völker und Faschisten einteilte, gegen die man einen Kreuzzug führte. „Crusade in Europe“ hießen Eisenhowers Kriegserinnerungen. Es war also leicht, dieses Schema auf den alten Bundesgenossen anzuwenden, als sich herausstellte, daß man es mit einer zweiten Form des totalen Staates zu tun hatte.

Nun paßten diese Schemata aber auch wirklich, als der Kalte Krieg ausbrach, 1947 und 1948. Nur die USA und die Sowjetunion verfügten über militärische Macht für große Unternehmungen. Nur die USA und die Sowjetunion hatten ein wirtschaftliches Potential, mit dem sie anderen wirkungsvoll Unterstützung gewähren konnten. Nur die USA und die Sowjetunion waren politisch gefestigt genug, um Entscheidungen riskieren zu können. England stand in der Umbildung seines Empire zum partnerschaftlichen Commonwealth der verschiedenen Rassen. Frankreich war wirtschaftlich und politisch zerrüttet. In China waren die Kommunisten erst dabei, den Bürgerkrieg zu gewinnen, und niemand hatte eine Vorstellung von der Dauerhaftigkeit und Größe ihrer Macht. Die eben entstehenden Staaten Südasiens und des Vorderen Orients zählten noch nicht.

Der Kommunismus erschien als monolithischer Block in den Händen Stalins. Er unterdrückte die Grundrechte politischer und wirtschaftlicher Freiheit, wo er hinkam. Er dehnte sich aus in offenem Bürgerkrieg in Griechenland und China, in Unterwanderung in Frankreich und Italien, in den Kolonialländern durch das Bündnis mit den Nationalisten. Verständigung über die gemeinsam verwalteten Länder Korea und Deutschland, über den Frieden mit Japan und Österreich war nicht zu erzielen. Der Marshallplan war die erste umfassende Verteidigungsmaßnahme, die Unterstützung Griechenlands durch Truman der erste direkte Widerstand. Die Sowjetunion antwortete mit dem Putsch in Prag, mit der Berliner Blockade. Der Krieg in Korea schien die Fronten endgültig zu verfestigen. Geschlossen standen die Mitglieder der Vereinten Nationen gegen die Sowjetunion und ihre Satelliten. Aber gerade während des Koreakrieges vollzog sich der Umschwung. Die neuen asiatischen Großmächte wurden selbständig. Rotchina zeigte eine solche militärische Macht, daß es sich innerhalb des Blockes neben die Sowjetunion stellte. Indien zeigte ernsthafte militärische Leistungen und vermittelte, ja bestimmte den Waffenstillstand.

Inzwischen war das Jugoslawien Titos zu Einfluß gekommen. Stalins Versagen auf einem Nebenkriegsschauplatz hatte sich gerächt. Es gab jetzt einen eigenständigen Kommunismus, der nicht in die sowjetische Front gehörte, wie es in Asien eigenständige, nicht-kommunistische Länder gab, die es sich von Fall zu Fall überlegen konnten, ob sie, wie in Korea, in die amerikanische Front eintreten wollten. Man konnte sie nicht übergehen, weil ihre Haltung entscheidend werden konnte für die „unterentwickelten Länder“, die bisherigen und die noch übrigen Kolonialgebiete, aber auch für Japan, auch für Südamerika. Als dritte Gruppe außerhalb der Fronten kamen jetzt die Staaten des Vorderen Orients hinzu. Die Enttäuschung über die Bildung des Staates Israel und über die militärische Niederlage führte die arabischen Staaten dazu, sich von den angelsächsischen Mächten zu distanzieren. Die ägyptische Revolution war nicht nur eine Konsequenz dieser Niederlage, sondern darüber hinaus die Abrechnung mit einem sozialen System, auf das sich die Europäer zu lange gestützt hatten. Die französische Niederlage in Indochina — Dien Bien Phu hat mindestens dieselbe symbolische Bedeutung wie der Koreakrieg — hatte die Erhebung der nordafrikanischen Moslem zur Folge, die dieselbe Gruppe der Neutralen verstärkte. Die Bandung-Konferenz war eine große Heerschau dieser „Dritten Kraft“.

Sie wirkte noch weiter. Die geschickte Haltung Tschou En-lai's gab China die Möglichkeit, als Brücke zwischen diesen Mächten und der kommunistischen Welt aufzutreten. Die scharfe Kritik der zeylonischen und irakischen Vertreter am russischen Imperialismus unterstrich die Unabhängigkeit auf beiden Seiten, wirkte sich aber nicht zu Gunsten der amerikanischen Front aus. Kotelawala ist inzwischen gestürzt, die Stellung von Nuri es Said nach den Ereignissen am Suez-Kanal noch stärker umstritten als vorher. Seine Politik scheint an eine soziale Schicht gebunden zu sein, deren Herrschaftsanspruch erschüttert ist.

Viel bedeutsamer aber sind die Änderungen, die sich innerhalb der beiden Blöcke vollziehen. Für England und Frankreich stehen die Sorgen um den vorderen Orient und um Nordafrika an erster Stelle. England ist noch lange nicht mit der Modernisierung seiner Binnenwirtschaft fertig. Es leidet unter dem Verlust seiner Stellung in den arabischen Ländern und unter den Spannungen um Zypern. Es hat die schwersten Probleme in Afrika zu bewältigen, die Kolonialherrschaft allmählich und mit verschiedenen Methoden abzulösen. Es sieht große wirtschaftliche Chancen in China. Frankreich ist innerlich zerklüftet, militärisch in Nordafrika festgelegt, fühlt sich für die Lösung seiner Kolonialnöte auf ein gewisses Stillhalten der Russen angewiesen.

Deutschland und Japan sind wieder ernstzunehmende Potenzen. Beide stehen im amerikanischen Lager. Beide sind an einer Entspannung dringend interessiert, weil nur sie ihre dringendsten Wünsche befriedigen könnten: Die Wiedervereinigung für Deutschland, den Chinahandel für Japan. Sie sind in ihrer Sicherheit so lange an Amerika gebunden, als sie befürchten müssen, daß Rußland und China keine Verständigung, sondern eine Unterwerfung wollen. Darum ist das entscheidende Problem unserer Betrachtung, ob sich die Struktur des Ostblocks gewandelt hat und wandeln wird. Die Antwort hängt weithin davon ab, wie man die innere Struktur dieser Länder beurteilt, die wir in den nächsten Abschnitten zu untersuchen haben. Aber einige Aussagen lassen sich schon hier machen. China steht neben Rußland, nicht unter ihm. Die Vorstellung, daß Rußland heute auf Verständigung mit dem Westen um jeden Preis angewiesen wäre, weil es den Bevölkerungsdruck Chinas zu fürchten habe, können wir dem kleinen Moritz überlassen. Aber daß China seine eigenen Probleme hat, daß es seine innere geistige und wirtschaftliche Umstellung nicht einfach nach russischem Schema macht, daß es für diese Umstellung gerne japanische und amerikanische Unterstützung hätte, damit kann man rechnen. Und auch damit, daß es auf solche Unterstützung, wenn man sie ihm endlich in vernünftiger Weise anbietet, nicht verzichten würde, um eine abenteuerliche russische Expansion in Europa oder im vorderen Orient zu unterstützen.

Die Machtverhältnisse in den europäischen Satellitenstaaten sind sehr schwer abzuschätzen. Die Ereignisse in Ungarn und Polen haben klar gezeigt — und die Nachrichten aus Bulgarien und Rumänien lassen weitere Schlüsse in derselben Richtung zu —, daß die Sowjetunion auf freiwillige Unterstützung dieser Völker nicht rechnen kann, auch nicht auf die Arbeiter, auch nicht auf die Jugend, vor allem auch nicht auf das Militär. Sie sind keine Stützen, sondern Gefahrenherde. Es bestand die Hoffnung, daß sich die Beziehungen allmählich lockern würden, so daß die Sowjetunion sich etappenweise hätte zurückziehen können, ohne ein politisches, wirtschaftliches oder gar militärisches Nachrücken des Westens befürchten zu müssen. Dann hätten diese Gebiete allmählich in den neutralen Block hinübergelitten können. Die russische Politik hat solange gezögert, diese Politik ernst zu nehmen, daß die erste Lockerung zur un-

garischen Katastrophe führte, in den Tagen als der Westen durch die amerikanischen Wahlen und die englisch-französische Suez-Kanal-Aktion geschwächt und gespalten war. Sicher ist nur, daß man diese Völker nicht mehr als zuverlässig auf der russischen Seite einsetzen kann und einzelne Regierungen nur, solange sie durch russische Truppen gestützt werden.

Die Weltkarte ist also heute nicht mehr in den zwei Farben grün und rot zu malen. Es gibt einen breiten Streifen, den man blau oder gelb eintragen muß, nicht grau, denn, wie wir gleich sehen werden, hat er nicht nur negative Gemeinsamkeiten. Und es ist in den Blöcken selber eine reiche Abstufung von Farbskalen nötig, um die verschiedene Stärke der Bindungen zu bezeichnen. Und: Dieses System ist in Bewegung!

Freiheit — Gleichheit

Wo liegt nun dies Gemeinsame der Neutralen und wie könnte es sich auf die Blöcke selbst auswirken? Sind nicht nur andere politische Mächte da, sondern auch andere Gesellschaftsordnungen mit anderen Wertsystemen, andere „Sozialreligionen“?

Alfred Weber meint ja, drei unterscheiden zu können, die Freiheitsreligion Amerikas, bei der die Ungleichheit mit in Kauf genommen wird, den freien demokratischen Sozialismus, der um der Freiheit willen auf größere Gleichheit drängt, und die absolute Gleichheitsreligion der Sowjetunion. Mir scheint diese Gegenüberstellung zu schematisch, zu sehr unter dem Gedanken aufgebaut, Webers eigenes Ideal als die veröhnende Synthese herauszuarbeiten.

Wir müssen schon zunächst von dem Gegensatz Freiheit — Gleichheit ausgehen. Es sind nur die Völker des westlichen Kulturkreises im engeren Sinne, die geistig geprägt sind durch den römischen Katholizismus und den aus ihm entstandenen Protestantismus, die bereit sind, alles an die Freiheit zu setzen. Das gilt aber auch für den freiheitlichen Sozialismus. Er ist keine Synthese, sondern gehört auf die eine Seite, die bekennet: Gleichheit verliert ihren Sinn, wenn Freiheit verlorengeht, Gleichheit der Chancen ist wichtiger als Gleichheit der Stellung.

Auf der anderen Seite steht die russische Welt und Asien und Afrika. Diese Völker haben die politische Freiheit und die geistige Freiheit, ohne die wir nicht atmen können, nie erfahren. Sie wissen nicht, was wir meinen. Auf jeder internationalen Tagung machen wir dieselbe Erfahrung: es sind höchstens die winzigen christlichen Minderheiten und vielleicht der eine oder andere Oxford-Inder, die uns verstehen, wenn wir die absolute Bosheit des totalen Staates von der relativen Fehlerhaftigkeit des Rechtsstaates unterscheiden. Das ist eine sehr bittere Wahrheit. Aber es ist heilsam, uns das einzuprägen: genauso wie die kommunistische Rechnung auf die Solidarität der westlichen Sozialisten immer wieder getrogen hat, würde uns die Rechnung auf die Freiheitsgesinnung der Asiaten und Afrikaner trügen.

Aber so wie es auf der westlichen Seite zwei Sozialreligionen gibt, gibt es auch zwei auf der östlichen. In Indien können wir das wahrscheinlich am besten beobachten, in dem fieberhaften Bemühen, den Staat zu dezentralisieren, in der Fülle der Bewegungen um genossen-

schaftliche Erneuerung des Dorfes. Es geht um den Unterschied des zentralistischen herrschaftlichen Kommunismus, den man lieber Staatskapitalismus nennen sollte, und des genossenschaftlichen Sozialismus. Hier, in der Betonung zunächst der nationalen Eigenart, aber wenn sie sich richtig verstehen, auch der regionalen, der örtlichen Selbständigkeit, liegt die soziale Haltung der Asiaten und Afrikaner. Dahinter steht allerdings auch ein Freiheitserlebnis, aber nicht das individuelle, personale des Westens, sondern ein kollektives der einfachen Lebensgruppen. Was wir im Westen mühsam entdecken, daß die Massengesellschaft nur erträglich ist, ja daß sie nur existieren kann, wenn sie gegliedert ist in Familien, Nachbarschaften, Gemeinden, Freundschaften, Vereine, informelle Gruppen in den Betrieben, das ist drüben noch unmittelbare Erfahrung, die vom Unbewußten her die Haltung bestimmt. Darum weisen alle Kenner dieser Welt immer wieder darauf hin: ihre eigenständige Entwicklung, ihre Bewahrung vor dem Bolschewismus hängt an der Entwicklung einer genossenschaftlichen Lebensform. Das sagen die englischen Anthropologen, die in Afrika das System der indirect rule eingerichtet haben, das predigt Ludwig Oppenheimer von Israel als das Ergebnis der Agrarwissenschaft, das unterstreicht jetzt besonders eindrücklich Richard Behrendt in Bern in seinem großen „Ordo“-Artikel als Ergebnis seiner Forschungen in Südamerika. Dann könnten diese Völker allmählich das Bewußtsein dafür gewinnen, daß der Einzelne politische Verantwortung über seinen engeren Lebensraum hinaus trägt. Das wäre die Voraussetzung für ein Freiheitsverständnis unserer Art. Bis dahin ist die Situation äußerst kritisch.

In den Neuländern ist die Entwicklung bedroht durch eine Ungeduld, die sofort die Früchte der westlichen Technik und Organisation haben will ohne die Disziplin und Schulung, die sie voraussetzen. Damit sind natürlich Tür und Tor geöffnet für hemmungslose Demagogen und für das Experiment, sich vorübergehend Vorteile zu erkaufen, indem man die großen Mächte gegeneinander ausspielt. Mindestens so bedrohlich ist die Kurzsichtigkeit der weißen Politiker, die den Herrenstandpunkt nicht aufgeben wollen, und der Vertreter östlicher Grundherrschaft, die sich an die Kolonialmächte anlehnen. Wir müssen uns damit bescheiden, daß die von Kolonialherrschaft befreiten Völker nicht einfach unseren Weg gehen können, daß wir aber durchaus die Möglichkeit für eigene Wege sehen, die nicht zum Kommunismus führen.

Gesellschaftliche Voraussetzungen für einen Ausgleich der Interessen

Sollte etwa diese Vorstellung eines „dritten Weges“ auch Lösungen für die direkten Beziehungen der Machtblöcke einschließen? Wir sahen schon, daß sich die Idee des freiheitlichen Sozialismus dafür anbietet, daß sie aber in ihrer historischen Form eindeutig zu einem, zum westlichen Bereich gehört. Eine Weile hatte der Modebegriff der „Managerrevolution“ die Geister verwirrt, die zynische Ansicht, daß die Angleichung längst erfolgt sei, da im Osten nicht die Proletarier, im Westen nicht die Kapitalisten herrschten, sondern in beiden Gebieten Technokraten, Organisatoren ohne Vermögen, aber mit Leitungsbefugnis, die sich unentbehrlich gemacht hätten durch ihren Sachverstand.

Diese Theorie übersieht nun doch völlig das Eigengewicht der politischen und geistigen Sphäre, sie ist ein sehr primitives Mißverständnis der materialistischen Geschichtsauffassung. Natürlich bilden sich bei verwandten Aufgaben verwandte Haltungen heraus. Die Leitung eines großen Plankombinates erfordert ähnliche Kenntnisse und Fähigkeiten wie die Leitung eines Industrie- oder Bankkonzerns im Westen, sie muß dem Leiter auch ähnliche Befugnisse und Lebenschancen sichern. Aber je mehr diese Menschen in ihrer Arbeit aufgehen, um so weniger werden sie Politik machen können, um so mehr bleiben sie abhängig von den Routiniers des Machtkampfes und der Verwaltung. Um so weniger wer-

den sie auch Zeit und Fähigkeit haben, sich selber Gedanken um die Gesamtordnung zu machen, in der sie stehen und sich den Freiheits- und Ordnungsbegriffen ihrer Tradition und Umgebung konformistisch einfügen. Und doch gibt diese in ihrer Allgemeinheit verfehlte Theorie einen Hinweis auf wesentliche Tatsachen.

Die wirkliche soziale Struktur in jedem der Machtblöcke ist anders, als sie der Gegner darstellt, aber auch anders, als sie offiziell gedeutet zu werden pflegt. Für den Westen hat Theodor Geiger, der selbst von den marxistischen Methoden soziologischer Analyse ausging, das Wort von der „Klassengesellschaft im Schmelztiegel“ geprägt, Dolf Sternberger mit bewußter Ironie von „unserer klassenlosen bürgerlichen Gesellschaft“ gesprochen. Im europäischen Westen haben wir ein Trümmerfeld sehr verschiedenartiger Schichtungen. Da sind noch Reste des Herr-Knecht-Verhältnisses aus dem Großgrundeigentum, da ist eine Kluft zwischen niederer und höherer Schulbildung, Akademikern und Nicht-Akademikern. Da stehen sich Arbeiter und Betriebsführung gegenüber; aber nur in Kleinbetrieben und in einzelnen Gebieten ist dieses Verhältnis noch persönlich, manchmal patriarchalisch, häufiger scharf gegensätzlich. Je größer der Betrieb, um so unpersönlicher, aber auch um so sachlicher, um so freier von Reibungen. Dazu kommt die Auflösung des Proletariats und des Unternehmertums in die verschiedensten Funktionen und Schichten. Die Angestellten sind mehr Puffer im Klassenkampf als Verstärker des Gegensatzes. Die Lebenshaltung der Arbeiterschaft und der Angestelltenschaft hat sich angeglichen, Aufstieg in zwei Generationen ist nicht schwer. Die eigene Organisation in Gewerkschaft und Partei, die Sicherung durch Sozialpolitik und Arbeitsrecht, hat das Selbstbewußtsein der Arbeiterschaft gehoben. Weithin ist eine zwar noch geschichtete, aber bei der Durchlässigkeit der Schichten als klassenlos empfundene Gesellschaft entstanden. Noch stärker gilt das für Amerika, wo die eine Wurzel des Klassenbewußtseins, das Herr-Knecht-Verhältnis im Großgrundbesitz, völlig gefehlt hatte. Damit verschwindet, wie Landshut jetzt nachgewiesen hat, auch die Ideologie auf beiden Seiten. Wo der Kommunismus im Westen noch vorkommt, stützt er sich auf vorkapitalistische Restbestände, wie in der italienischen Landwirtschaft, auf ungelüfteten Frühkapitalismus, wie in Frankreich, wo er seinen Platz nicht in den Großbetrieben des sogenannten „Monopolkapitalismus“, sondern in den Kleinbetrieben hat, deren Überständigkeit durch Schutzzölle bewahrt blieb.

Das Selbstverständnis der westlichen Welt hat noch lange nicht allgemein diese Situation zur Kenntnis genommen. Man lebt im Wohlfahrtsstaat und begeistert sich für eine in dieser Form gar nicht mehr vorhandene freie Wirtschaft. Man meint die Arbeiterschaft für die bürgerliche Gesellschaft gewonnen zu haben und sieht nicht, daß „das gesellschaftliche Leben auf ein einziges Modell, auf eine mittlere Linie,

den Typus des „common man“ konvergiert (Landshut). Man erschwert sich damit das Verständnis für die Entwicklungsmöglichkeiten in den östlichen Ländern, vor allem aber für die Tendenzen der Überseeländer, die man wohl unmittelbar in dieser Richtung treiben, aber niemals mehr über die alten Formen der bürgerlichen Gesellschaft lenken kann.

Noch weniger entspricht die Gesellschaftsstruktur im Osten der eigenen Ideologie. Landshut spricht von der „Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft durch den revolutionären Umschlag“. Im Westen ist entsprechend den Voraussagen von Karl Marx eine klassenlose Gesellschaft im Entstehen. Da sich entgegen den Voraussagen von Marx die Umwandlung ohne Revolution vollzogen hat, trägt sie noch ein buntes Gemisch kapitalistischer und vorkapitalistischer Züge. Im Osten hat sich entgegen den Voraussagen von Karl Marx der Umschwung zur sozialistischen Wirtschaft vorzeitig vollzogen, in einer Agrargesellschaft mit wenigen kapitalistischen Einsprengseln. Die Entwicklung zur modernen Industriewirtschaft mußte also planmäßig mit Staatshilfe nachgeholt werden; es bildete sich eine Art staatskapitalistischer Merkantilismus. Das gesellschaftliche Ergebnis war, jetzt wieder entsprechend der Voraussage von Karl Marx, die Bildung einer neuen Klasse von politischen und wirtschaftlichen Führern, nur nicht auf der Basis des Eigentums, sondern auf der Basis der Ausbildung und Funktion, mit all der für den Frühkapitalismus bezeichnenden Schroffheit der Einkommensunterschiede bis hin zur Erblichkeit der Position. Marx hat also recht behalten mit seiner Lehre, daß Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftsordnung sich entsprechen müssen, einer Lehre, die von den „bürgerlichen“ Soziologen von Lorenz v. Stein bis Max Weber, teilweise selbständig, teilweise angeregt von Marx, entwickelt worden war. Marx hat unrecht behalten mit seiner Geschichtsdeutung. Weder hat sich der Klassenkampf als die einzige Form der geschichtlichen Dynamik erwiesen, noch haben die Produktionsverhältnisse die entscheidende Rolle gespielt. Im Gegenteil, wo der Marxismus sich durchgesetzt hat, ist die Politik der Wirtschaft vorangegangen.

Aus dieser Diagnose läßt sich nun eine Prognose stellen. Nichts spricht dafür, daß der Westen die proletarische Revolution nachholen würde. Denn es gibt kein Proletariat im Marxschen Sinne, und es gibt keine Sehnsucht nach der Revolution bis auf einige zurückgebliebene Winkel. Nichts spricht aber auch dafür, daß das sowjetrussische System zusammenbrechen müßte, jedenfalls nicht aus sozialen Spannungen. Zweifellos besteht eine Klassenschichtung, aber sie wird nicht als verletzend empfunden. Es fehlt das Privateigentum an Produktionsmitteln, es gibt keinen Herrendünkel oben, keinen knechtischen Trotz unten. Damit aber entfallen auch die Chancen, daß ein System in den Bereich des anderen hinein sich ausdehnen müßte — es sei denn, es beständen dafür politische oder geistige Gründe.

Die Ordnung ist um des Menschen willen da

Bestehen also die gesellschaftlichen Voraussetzungen für einen Ausgleich der Interessen, für eine friedliche Koexistenz, so ist noch nicht gesagt, daß auch die politischen und geistigen Voraussetzungen gegeben wären. Weder die gemäßigte Wettbewerbswirtschaft des Westens, noch die Planwirtschaft des Ostens, vor allem, wenn sie in ihre zweite Stufe eintritt und nach Schaifung der Produktionsgüter und des Verkehrsapparates an die Erhöhung des Lebensstandards geht, zwingen zu Ausschließlichkeit und Kampf. Aber sie tragen ja die Feldzeichen des Imperialismus und des Kommunismus. Sicherlich hatte der Kapitalismus eine imperialistische Spätphase. Sicherlich aber trifft die Konstruktion Lenins, die im Imperialismus nur eine Funktion des Finanzkapitals sieht, nicht den Kern der Sache. Natürlich folgte die Flagge dem Handel, aber der Wettbewerb der Flaggen, der Nationalismus, der schließlich zu den Weltkriegen führte, war nicht nur nicht wirtschaftlich bedingt, sondern wirtschaftlich widersinnig. Er lag nicht in der inneren Dialektik der Kapitalverwertung, sondern er verfälschte diese Dialektik aus Gründen, die sich nur politisch erklären ließen. Er entstand, wo eine politische Machtgruppe nicht abtreten wollte; das ergab z. B. Zollschutz für den Großgrundbesitz und als Gegengabe den für die Eisenindustrie. Oder aber

eine neue Machtgruppe mußte Minderwertigkeitskomplexe überkompensieren — das führte zu dem Nationalismus der Kleinbürger, die das Fremde als feindlich ablehnten, schon weil sie keine fremde Sprache kannten und vor einem fremden Stil unsicher wurden. Darum besteht auch kein Anlaß zu imperialistischer Expansion in der Gegenwart.

So gewiß die Produktionskapazität der „kapitalistischen“ Länder am besten ausgenützt würde, wenn sie in die unentwickelten Länder, einschließlich Rußland und China, exportieren könnten, so wenig ergibt sich daraus der Zwang zu politischer Unterwerfung. Wenn sie zögern, die noch bestehende koloniale Herrschaft in Partnerschaft umzuwandeln, dann ist das nicht wirtschaftsbedingter Imperialismus, allerdings auch nicht nur soziale Kurzsichtigkeit. Es ist die berechtigte Sorge, ob die ablösende Schicht der Einheimischen fähig sein würde, die technische Leistungsfähigkeit, die rechtliche Sicherheit und den politischen Zusammenhalt des Gebietes zu garantieren. Hier handelt es sich um eine Frage des Tempos und der Erziehung, die in einer Atmosphäre der Koexistenz am leichtesten zu lösen ist. Ein echter tragischer Widerspruch liegt vor, wenn eine Minderheit weißer Siedler in einem überwiegend von anderen Rassen bewohnten Gebiet sitzt. Aber gerade da handelt es sich nicht um

Imperialismus. Nicht das angelsächsische Kapital verlangt Apartheid, und die Wortführer einer Union Française können sich leichter mit algerischen Nationalisten verständigen als mit dem französischen Bauern in Algier.

Die wirtschaftlichen und politischen Interessen des Westens enthalten keine Bedrohung für den Osten. Aber der Westen fühlt sich von außen und innen bedroht durch die Expansion des Kommunismus. Dieses Gefühl war mit gutem Grund am stärksten unter Stalin. Stalin trieb großrussischen Imperialismus in Asien, auf dem Balkan, in Mitteleuropa, eine massive Fortsetzung der zaristischen — also vorkapitalistischen! — Politik. Er verband damit die Infiltrationsmethode der Bürgerkriegstaktik.

Von der Rückkehr zum Leninismus war eine Erleichterung zu erwarten. Zwar ist die Idee der Weltrevolution keineswegs aufgegeben, aber es schien zunächst so, als ob den Satelliten eine größere Selbständigkeit gewährt werden sollte. Süd- und Südostasien sind politisch offenbar Domänen des chinesischen Einflusses geworden. Im vorderen Orient und in den westlichen Ländern selbst arbeitete man elastisch mit der Vorstellung von Zwischen- und Übergangsstufen. Damit wäre die Auseinandersetzung auf die dritte, die geistige Ebene verschoben worden. Und auf dieser Ebene wird sie nach den Erfahrungen der letzten Monate auch mit neuer Intensität geführt werden müssen, selbst wenn die Führung der Sowjetunion jetzt dafür nicht zugänglich ist. Denn auf die Dauer wird sie wieder versuchen müssen, neben der brutalen Gewalt und in gewissen Gebieten an ihrer Stelle sich auf die Lockungen des Moskauer Vorbildes und die historische Zwangsläufigkeit zu verlassen.

Welche Anziehungskraft hat die kommunistische Sozialreligion auf die Westvölker und auf die Neutralen? Und hat sie noch denselben Charakter wie bei Beginn der Auseinandersetzungen? Hinter dem politischen Problem der Koexistenz wird das geistige der Toleranz sichtbar, der Kommunismus tritt auf als „dialektischer Materialismus“ und in seiner Kampfmethodik als „militanter Atheismus“, wie man im Westen gern sagt. Seine Geschichtsphilosophie ist deterministisch. Sie meint, das Ziel der Geschichte, die klassenlose Gesellschaft, sicher zu kennen, und den Weg dahin, die Diktatur des Proletariats. Sie hat keinen Platz für die freie Entscheidung des Menschen. Es gibt für sie keine Wahl. Darum kann sie im Gegner nicht den Irrenden sehen, den man überzeugen muß, sondern nur den Menschen des „falschen Bewußtseins“, den man unschädlich machen muß. Geht es mit Überzeugung, dann ist das der psychologisch angenehmste Weg, aber selbst hierbei kann es keine echte Aussprache geben, denn es ist prinzipiell ausgeschlossen, daß die eigene Meinung auch nur über die Methode revidiert werden könnte. Es gilt nicht, Menschen zu gewinnen, sondern nur Widerstände zu beseitigen, je nachdem mit groben oder mit feinen Mitteln. Darum gibt es keinen grundsätzlichen Unterschied zwischen Erziehung, Propaganda und Zwang. Darum gibt es keinen Unterschied zwischen Wahrheit, bewußter Unwahrheit und ungeprüfter Behauptung. Die Menschen müssen funktionsfähig gemacht werden. Dieser Zweck heiligt jedes Mittel, richtiger: das Gefühl eines ethischen Zwiespaltes kann gar nicht mehr aufkommen. In diesem Zusammenhang ist es für den Kommunismus ein Problem zweiten Ranges, daß er die Religion, vor allem die christliche Religion angreift. Sie steht ihm im Wege, soweit sie das soziale Handeln der Menschen beeinflusst; als Lehre und als Sitte ist sie ihm gleichgültig.

Das Mißtrauen ist absolut

Hier sind die Grenzen der Koexistenz. Ohne ein Mindestmaß von Vertrauen ist sie nicht möglich. Dieses Vertrauen aber ist nicht nur an die persönlichen Qualitäten des Partners gebunden. In der Zeit der Staatsräson und der Kabinettskriege herrschte ein abgründiges Mißtrauen zwischen den Regierungen. Aber man wußte: wird der Krieg geführt, dann gelten die Regeln des Völkerrechts über den Schutz der Gefangenen und der Nicht-Kombattanten; wird erobert, dann wird Leben und Eigentum geschont, und wer auswandern will, kann seine Familie und sein Vermögen mitnehmen. Vor allem aber — es bleibt noch ein Raum, in dem sich die Andersdenkenden sammeln können. Und so konnte man koexistieren.

Darum ist es verfehlt, im „christlichen Abendland“ ein solches Geschrei über den Atheismus zu machen. Der Kampfplatz ist nicht die Gottesidee, sondern das Menschenbild. Hier aber können wir nicht nachgeben, ohne uns selbst aufzugeben. Nicht nur, daß wir uns gegen die Unterdrückung der geistigen Freiheit, gegen eine Propaganda, die den Wahrheitsbegriff nicht mehr kennt, in unseren Ländern wehren müssen. Wir können es nicht mit ansehen, daß dieses Unrecht geschieht in Ländern unserer Überlieferung, also in der DDR, in den europäischen Satellitenstaaten, an den baltischen Völkern. Ja, wir können unsere Vorstellung von Menschenwürde und Freiheit nicht auf unseren Kulturkreis beschränken. Wir können nicht auf Mission, christliche und humanistische, verzichten, um der Liebe zu den Nächsten willen. Wer den Menschen nicht als Menschen achtet, ist für uns nicht nur ein Gegner, sondern er handelt böse. Der Kommunist erwidert: wer Menschen ausbeutet, ist nicht nur unser Gegner, sondern er handelt böse! Ist damit nicht aber ein Vergleichsmoment für das Gespräch gewonnen? Formell gewiß, historisch auch, denn die Begriffe von Marx über Selbstentfremdung und Ausbeutung fußen ja auf der christlichen-humanistischen Ethik. Hierin offenbart sich der westliche Ursprung des Kommunismus. Aber beim nächsten Satz tritt der Gegensatz wieder hervor. Wir meinen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, der Kommunismus meint die Ausbeutung der Gruppe durch die Gruppe.

Das sieht zunächst wie ein theoretischer Streit innerhalb der Sozialwissenschaft aus. Die Marxisten erklären die Klassen für die eigentlichen Akteure der Weltgeschichte und halten es für „soziologischen Subjektivismus“, wenn man dahinter auf die Entscheidungen der einzelnen Menschen zurückgeht. Wir sehen darin den allein wissenschaftlichen Realismus, der von der Beobachtung ausgeht und dann untersucht, welche Faktoren die Entscheidungen von innen oder außen bestimmen und dabei auch auf die Klasse stößt, aber als eine soziale Gruppe neben vielen anderen. Dieser theoretische Streit enthüllt aber zwei diametral verschiedene Lebenshaltungen: auf der einen Seite die Bereitschaft, sich überraschen zu lassen, Neues zu entdecken und gelten zu lassen; auf der anderen Seite das absolute Vorurteil, nur eine Seite der Wirklichkeit sehen zu wollen. Das muß uns dann allerdings als mangelnder Wille zur Wahrheit erscheinen. Wer aber die Wahrheit nicht will, der ist auch zur Liebe nicht fähig, denn er kann den anderen Menschen in seiner Eigenart nicht ernst nehmen. Hier hört das Gespräch auf und hier fehlt die Basis für das Vertrauen.

Gewiß gibt es hier viele Stufen. Es gibt Gestalten, die sind geradezu die Inkarnation der Lüge, des Hasses, der Willkür. Solch eine Gestalt war Hitler. Solch einer Haltung scheint Stalin nahegekommen zu sein. Es gibt andere, die in glücklicher Inkonsequenz persönliche Zuverlässigkeit mit theoretischer Verleugnung des Wahrheitswillens verbinden können, andere, deren Skepsis auch die eigene Lehre nicht ernst nimmt und damit auch den Fanatismus im Handeln aufhebt. Es gibt auf unserer Seite übergenug Menschen, die den Maßstab praktisch verleugnen, den sie theoretisch anerkennen. Aber es bleibt ein entscheidender Unterschied, ob der Maßstab der Wahrheit und der Menschlichkeit gilt oder nicht. Und er gilt nicht, wo der Mensch zur Funktion einer Sache erniedrigt wird, mag sie auch noch so groß sein. Die Ordnung ist um des Menschen willen da und nicht der Mensch um der Ordnung der Nation oder des Staates, der Wirtschaft oder der Gesellschaft willen.

Da liegt also die heutige Not: es geht um die Herrschaft über die ganze Erde, es geht um die Herrschaft über den ganzen Menschen mit Leib, Seele und Geist, es geht um die Unmöglichkeit, sich über die Maßstäbe des Handelns und des gegenseitigen Behandeln zu verständigen. Das Mißtrauen ist absolut.

Koexistenz ist notwendig. Der Wettlauf um die Atomwaffen hat mit einem toten Rennen geendet. Keine der beiden Weltmächte kann die andere unterwerfen, ohne ihre eigene Existenz und die Existenz der ganzen Menschheit aufs Spiel zu setzen. Sie müssen sich gegenseitig gelten lassen. Aber in welchem Raum, geographisch, und in welchem Bereich, geistig?

Zunächst geographisch. Das Bedürfnis nach militärischer Sicherheit für die Kernräume der beiden Mächte läßt sich verhältnismäßig leicht anerkennen. Diese Anerkennung wird erleichtert, wenn eine breite Zwischenzone besteht, wenn sie stark genug ist, daß ein Angriff auf sie für keine der beiden Mächte lohnt. Hier hat sich die Lage sehr gebessert gegen 1948. Aber neben der unbestrittenen Zwischenzone steht die bestrittene. In ihr liegen die geteilten Länder: Deutschland, Korea, Vietnam. In ihr liegen die Satelliten der Sowjet-Union in Europa, um die der geistige Kampf nicht enden kann. Daß sie nicht nur mit ihrer Tradition, sondern auch mit ihrer Gesinnung nicht in den kommunistischen Bereich gehören, haben die Ereignisse der letzten Monate gezeigt. In dieser Zwischenzone liegen die arabischen Staaten, die kaum eine Neigung zum Kommunismus haben, aber gegen den Westen eingenommen sind wegen der Gegensätze in Französisch-Nordafrika und in Israel. Aber kann Frankreich seine Bauern in Algerien aufgeben, und kann Amerika Israel im Stich lassen?

In allen diesen Gebieten geht es um die äußere und um die innere Macht, eben um jene „Herrschaft über den ganzen Menschen“. Washington und Moskau können koexistieren, allerdings auch nur, wenn sie ihre Demarkationslinie wirklich anerkennen. Berlin-Schöneberg und Ber-

lin-Pankow können nicht koexistieren, und zwar deswegen, weil Ulbricht und der kleine Mann in Pankow, Dresden, in Rostock nicht koexistieren können. Hier handelt es sich eindeutig um Unterdrückung. In allen Satellitenstaaten liegt es ebenso. In allen Fällen ist die naheliegende Forderung des Neutralismus, alle diese Gebiete der Zwischenzone zuzuschlagen, eine Scheinlösung, solange nicht das Problem angegangen wird, inwieweit sich die Gegner geistig gelten lassen.

Der Kampf um die innere Macht geht nämlich durch alle Länder, denn dieser Kampf der Weltmächte ist ja ein Bürgerkrieg, und zwar auf beiden Seiten. Wir sehen im allgemeinen nur die Infiltration der westlichen Länder durch den Kommunismus und stellen an einzelnen Aufständen wie am 17. Juni 1953, in Posen und Ungarn fest, daß der Widerstand in den vom Kommunismus unterdrückten Ländern nicht erloschen ist. Aber wir müssen auch die innere Auseinandersetzung mit der westlichen Haltung bis nach Rußland hinein bedenken. So grotesk es ist, wenn jeder innere Gegner als kapitalistischer Agent diffamiert wird, so verständlich ist das Gefühl, daß man mit der westlichen Geistigkeit nicht fertig geworden ist, schon weil sie ein Teil der eigenen Geistigkeit ist, vom Christentum wie von der Technik, ja von Karl Marx selber her.

Fünf Bedingungen

Die Koexistenz hängt an fünf Bedingungen:

1. Verzicht auf Krieg. Amerika wird keinen Krieg gegen Rußland führen und Rußland keinen Krieg gegen Amerika. Abrüstungsverhandlungen sind ziemlich aussichtsreich, sofern die anderen Voraussetzungen erfüllbar sind.

2. Anerkennung der Neutralen von Djakarta bis Belgrad, d. h. Verzicht darauf, sie in die Blöcke einzuspannen. Das scheint gesichert.

3. Verständigung über die bestrittene Zone. Hier liegt der Kern des Problems. Die Verbindung von Wiedervereinigung und Abrüstung ist nicht nur unser deutscher Wunsch, sondern eine zwingende Notwendigkeit der Weltpolitik. Die Handelsobjekte liegen ziemlich klar, mindestens für Europa.

Die Verhandlungen werden ungeheuer schwierig sein aus folgenden Gründen:

Zunächst ist russisches Prestige an die sachlich für einen russischen Staat gar nicht so wichtige Außenposition in Mitteleuropa gebunden. Dann ist die Stellung der Satelliten im Ostblocksystem erschüttert und würde durch einen Abzug hinter die Oder weiter erschüttert werden. Der Grad der Selbständigkeit und der Grad des russischen Risikos hängt vor allem an einem Punkte, der die vierte Bedingung der Koexistenz bildet:

4. Verzicht auf ideologische Aggression. Hier handelt es sich nicht nur um ein Problem für die umstrittene Zone, sondern um eine Grundfrage, die auch die Haltung der Blöcke im ganzen und der beiden Weltmächte zueinander betrifft. Kann der Kommunismus auf Infiltration, kann der Westen auf Kritik des kommunistischen Systems verzichten?

Wir sahen aus den historischen Beispielen, daß ähnliche Spannungen sich gelöst haben durch Gleichgültigkeit und durch Toleranz. Mit Gleichgültigkeit ist auf keiner der beiden Seiten zu rechnen, wenn auch der Fanatismus sich erheblich gemildert hat. Toleranz ist also nicht eine moralische Forderung allein, sondern eine politische Notwendigkeit ersten Ranges. Toleranz setzt Begegnung voraus. Daraus erwächst eine Forderung, die paradox klingt, aber realistisch ist: Kommunikation der Menschen unter Anerkennung der Tatsache, daß die Standpunkte unvereinbar sind. Es ist schon ein großer Fortschritt, wenn die Führer der Völker sich persönlich begegnen, wenn sie eine Weile, und sei es bloß auf Konferenzen, miteinander leben müssen. Aber das reicht nicht mehr aus, wie zur Zeit des Wiener Kongresses.

Im Westen haben wir erlebt, was es bedeutet; daß man ungehindert ins Ausland reisen kann, daß man im Vergleich Achtung vor dem andern und unbefangenes Selbstbewußtsein gewinnt. Die Absperrung der Länder und Personen voneinander hat ein gut Teil Mitschuld an der Verhärtung der Gegensätze. Wenn die Russen sich bei Nehru beklagt

haben, man hätte sie 40 Jahre lang im Belagerungszustand gehalten, dann vergessen sie, daß dieser Zustand von ihnen freiwillig aufrechterhalten worden ist. Sie beginnen jetzt, ihn abzubauen. Man kann das gar nicht genug begrüßen. So wie wir innerhalb Deutschlands nicht müde werden, als erste Forderung zu erheben: Lasset die Menschen zueinanderkommen, so muß man für das Verhältnis zwischen den Blöcken fordern: Laßt ausreisen und auswandern, wer fort will, laßt einreisen, beobachten, beschreiben, wer hinein will. Weg mit eisernen und Bambusvorhängen, weg aber auch auf der anderen Seite mit Nem Mac Carran Act und den grotesken security risks. Natürlich verbunden damit die schriftliche Kommunikation durch Bücher, Zeitungen, Briefe. Dann wird man sehen, warum die andern anders sind, warum sich das Wunschbild, sie nach unserem Bilde umzuschaffen, nicht verwirklichen läßt. Kenntnis führt auch zur Immunisierung; wenn man gesehen hat, in welchem Zusammenhang das fremde System steht, imponiert es nicht mehr für die eigene Lebensform. Sie führt andererseits zu Angleichungen: man kann Einzelheiten übernehmen, ohne für die eigene Lebensform fürchten zu müssen.

Ohne eine solche innere Beruhigung ist Koexistenz nicht möglich. Mit solchen Begegnungen verlieren die gefürchteten Methoden der Infiltration einen Teil ihrer Gefährlichkeit. Verhindern kann man die Kommunikation in der heutigen Situation der Verkehrs- und Nachrichtennetze ja doch nicht mehr. Je offener sie sich vollzieht, um so größer die Sicherheit für die beiden Mächte. Allerdings — diese Methode setzt voraus den ersten großen Entschluß, daß man die Koexistenz auf lange Sicht riskieren will und die Einsicht, daß man dazu auch die bestrittene Zone für Aufklärung und Selbstbestimmung öffnen muß. Ob die beiden Machtgruppen diesen Entschluß finden werden, wann und wie schnell, das kann keine wissenschaftliche Analyse sagen. Sie kann nur darlegen, was möglich ist und unter welchen Bedingungen etwas möglich ist. Sie kann auch darstellen, daß das Risiko, bei Fortführung des kalten Krieges in den Atomkrieg hineinzugeraten, noch viel größer ist als das Risiko, das man bei der Koexistenz läuft.

Risikolos ist sie für keine der beiden Seiten. Aber man soll sie auch nicht überfordern. Die Koexistenz kann schließlich nicht mehr hergeben, als mit der Existenz des Menschen verbunden ist. Und die Existenz des Menschen ist gefährdet, sie ist voll Spannungen, voll von Gegensätzen. Kierkegaard sagt: der Mensch hängt 5 000 Klafter über dem Abgrund. Die koexistierende Menschheit hat es nicht besser.

5. Nun läßt sich auch noch die fünfte Voraussetzung behandeln. Koexistenz, die dauern soll, muß zur Kooperation führen. Man wird sie nicht von vornherein mitplanen müssen. Man muß aber wissen, daß sie dazu gehört, und vielleicht erleichtert der Blick auf diesen späteren

Schritt schon die ersten Schritte. Die Mächte, die sich zur Koexistenz entschlossen haben, können sich gegenseitig viel bieten als Lieferanten und Abnehmer. Sie können auch große Vorteile haben von gemeinsamer Arbeit, etwa an der Entwicklung unterentwickelter Gebiete. Die Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke eröffnet einen unübersehbaren Aufgabenbereich für Kooperation.

Je schneller solche Kooperation zur Beseitigung der krassesten Unterschiede in der Lebenshaltung führen würde, um so sicherer würden bedenkliche Spannungsmomente ausgeschaltet. Daß auch neue geschaffen werden, liegt in der Natur der Menschen. Endlösungen sind eben nicht in der Pandorabüchse der Geschichte vorhanden. Je leichter aber durch Fortschritt und Ausgleich der Verzicht auf Endlösungen wird, um so leichter kann sich aus dem Beginn der Begegnungen im Zeichen des Mißtrauens echte Toleranz entwickeln. Sie entsteht nur aus Begegnungen von Mensch zu Mensch. Das Paradoxe der Situation ist, daß erst die Staaten die Voraussetzungen für solche Begegnungen schaffen müssen, und daß erst diese Begegnungen die Bedingungen herstellen, unter denen den Staaten das Risiko wirklich abgenommen wird.

Ist das nun die Schlange, die sich in den Schwanz beißt? Oder ist es die normale Situation jeder Koexistenz zwischen Menschengruppen, daß einige wenige beginnen müssen? Diese wenigen sind die führenden Staatsmänner. Aber ihr Werk wird ungeheuer erleichtert, wenn sie eine öffentliche Meinung hinter sich haben, die nicht hetzt, die nicht Illu-

sionen nährt, sondern die bereit ist für neue Methoden in neuen Situationen.

Unsere Aufgabe als politische Bildner einer solchen öffentlichen Meinung ist es, liebgewordene Illusionen zu zerstören, aber auch die Möglichkeit günstiger Lösungen darzulegen. Furcht ist viel in der Welt und mit Recht, aber es gibt auch Grund, zu hoffen.

✱

Vgl. *Siegfried Landshut*: Die Gegenwart im Lichte der Marxschen Lehre. (Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik), Tübingen 1956. *Richard F. Behrendt*: Eine freiheitliche Entwicklungspolitik für materiell zurückgebliebene Länder. „Ordo. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft.“ Düsseldorf und München 1956. *ders.* Problem und Verantwortung des Abendlandes in einer revolutionären Welt. Tübingen 1956. *Friedrich Heer*: Begegnung mit dem Feinde. Recklinghausen 1955.

Anmerkung

Dr. Hans Rothfels, Professor der neueren europäischen Geschichte an den Universitäten Chicago und Tübingen, geb. in Kassel 12. 4. 1891. Korr. Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Göttingen. Lehrgebiet: Deutsche Geschichte, Nationalitätenprobleme, Zeitgeschichte.

Dr. Otto Heinrich von der Gablentz, Leiter der Abt. Theorie der Politik, Hochschule für Politik, Berlin, a. o. Professor für politische Struktur und Funktionslehre, geb. 11. 9. 1898 in Berlin.

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT UNSERER NÄCHSTEN BEILAGEN:

Hamilton Fish Armstrong:	„Nördlich des Kyber“
G. F. Hudson:	„Nach Stalins Tod“
Theodor Litt:	„Das Selbstverständnis des gegenwärtigen Zeitalters“
Alexander von Neubronn:	„Zwischen Hitler und Pétain“
Jürgen Rühle:	„Kulturpolitik in der Sowjetunion“
Georg Stadtmüller:	„Der Partisanenkrieg in Südgriechenland“
...	„Urkunden zur Judenpolitik des Dritten Reiches“

Nachforderungen der Beilagen „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind an die Bundeszentrale für Heimatdienst zu richten. — Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung „Das Parlament“ zum Preise von DM 1,19 monatlich bei Postzustellung einschl. Beilage sowie Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 4,50 pro Stück einschließlich Verpackung, zuzüglich Portokosten, nur an die Vertriebsabteilung, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23.